



Gangway e.V.

Streetwork an Brennpunkten
Jahresbericht 2017

INHALT

| | |
|---|-----------|
| 1 Einleitung | 3 |
| 2. Wohnungslosigkeit im Fokus | 3 |
| 3. Verdrängung | 6 |
| 3.1. Verdrängung durch bauliche Veränderungen | 8 |
| 3.2. Verdrängung durch Repression | 10 |
| 3.3. Gespräche und Expert*innenrunden | 14 |
| 4. Aktuelle Entwicklungen des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) | 15 |
| 5. Gremienarbeit und Arbeitsgruppen | 19 |
| 6. Ocker-Beige Berlin 2017 | 20 |
| 7. Bundesweite Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork 2017 (FEST 2017) | 21 |
| 8. Sonstiges | 23 |
| 8.1. Fachkräfteaustausch mit den USA, Detroit | 23 |
| 8.2. Spenden/ Förderungen | 25 |
| 8.3. Gender-Budgeting-Modellprojekt | 28 |
| 9. Statistische Angaben | 29 |
| Allgemeine Angaben | 36 |
| Impressum | 37 |



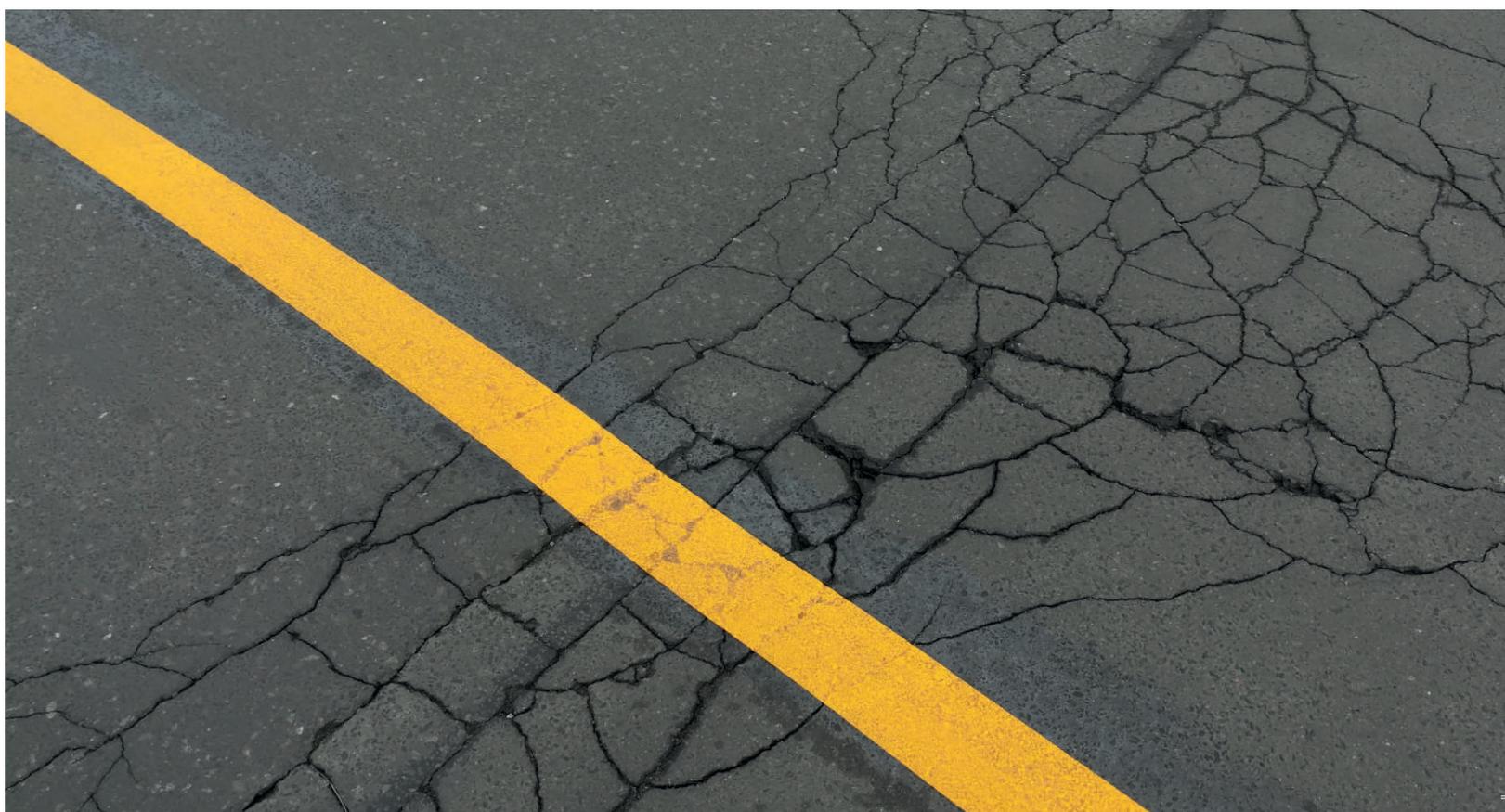
1. EINLEITUNG

In Bezug auf Wohnungslosigkeit war das Jahr 2017 sehr ereignisreich. Aus unserer Sicht wichtige Themen waren dabei die mediale Fokussierung auf den Bereich Obdachlosigkeit mit einer daran anschließenden öffentlichen Debatte sowie eine Verdrängung von obdachlosen Personen. Diese Verdrängung wurde und wird auf verschiedenen Ebenen vollzogen, einerseits durch bauliche Veränderungen, als andererseits auch durch Repression; daneben gab es Versuche, Lösungen zu finden, um Situationen zu entschärfen. Weiterhin haben wir uns in diversen Gremien und Arbeitsgruppen engagiert, das Fußballprojekt weiter verfolgt als auch ein zweites Mal einen Fachtag zum Thema Erwachsenen-Streetwork zusammen mit zwei anderen Teams organisiert. Zudem haben u.a. Besonderheiten, wie Fahrten mit wohnungslosen Menschen oder ein Fachkräfteaustausch in Detroit, Eingang gefunden. Abschließend finden sich statistische Angaben zum Jahr 2017 als auch allgemeine Angaben zum Team Streetwork an Brennpunkten.

2. WOHNUNGSLOSIGKEIT IM FOKUS

Wohnungs- und Obdachlose sind immer häufiger im Fokus öffentlicher Debatten und Medienberichterstattungen. In aller Regel liegt dies an der immer größeren Sichtbarkeit von Menschen, die den öffentlichen Raum zum Leben nutzen (müssen). In den allermeisten Fällen wird dabei über Einzelschicksale berichtet, die Wohnungspolitik in den Blickpunkt gerückt, in den kalten Monaten über die Berliner Kältehilfe berichtet, die Verwahrlosung des Stadtbildes angesprochen. Gemein ist hierbei häufig, dass wohnungs- und obdachlose Menschen als Verlierer*innen dargestellt werden. Die Darstellung ist dabei die von Opfern eines sich immer weiter verschärfenden politischen und wirtschaftlichen Systems, für das sie nicht mehr gebraucht werden oder in welchem sie aufgrund von individuellen Veranlagungen oder Erlebnissen nicht mehr funktionieren (können) - mit Folgen wie Verwahrlosung und teilweise Gewaltbereitschaft.

Im dritten Quartal des Jahres 2017 gab es ein Ereignis in Berlin, das die mediale Beachtung obdachloser Menschen forcierte. Anfang September fand ein Mord im



Tiergarten in Berlin-Mitte unweit des Bahnhofs Zoo statt (siehe 3.2), der die Diskussionen über Obdachlosigkeit veränderte.

Zum einen rückten die wohnungslosen Menschen, welche im Tiergarten lebten, in den Fokus der Berichterstattung und zum anderen wurden teilweise rassistisch konnotierte Diskussionen über Abschiebung von EU-Migrant*innen laut, trotz EU-Freizügigkeitsabkommen. Wohnungs- und obdachlose Menschen wurden zu einem Problem der öffentlichen Sicherheit stilisiert und ganze Gruppen von Menschen lediglich aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit und Lebenssituation unter Generalverdacht gestellt (vgl. Punkt 3.2). Es gab hierbei kein Medium, welches nicht über die Ereignisse berichtete, und einzelne Politiker*innen waren aufgrund ihrer Aussagen nahezu täglich Teil der Berichterstattungen. Bundesweit und international versuchten Zeitung, Fernsehen und Radio über mehrere Wochen so viele Interviews und Berichte zu dem Thema zu veröffentlichen wie möglich. Einrichtungen und Träger des Berliner Hilfesystems erhielten gehäuft Anfragen, so auch wir. Menschen mit dem Lebensmittelpunkt Straße wurden ebenfalls über mehrere Wochen von Reporter*innen teilweise sehr aufdringlich interviewt, oft ohne ihr Einverständnis fotografiert und ihre Schlafplätze der Öffentlichkeit präsentiert. Die, kurz darauf geräumten, Zelte im Tiergarten, waren kurzzeitig die wohl berühmtesten Zelte der Bundesrepublik. Bis auf einige Ausnahmen sind die Berichte dabei meist höchst kritisch zu betrachten und von populistischem Schreibstil geprägt.

Zum Jahresende ist die Häufigkeit der Berichterstattungen wieder deutlich zurückgegangen. Als Folge für die unmittelbar von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen ist aber geblieben, dass viele Schlafstellen stadtwert geräumt wurden und sich bei einigen die Abneigung gegen Reporter*innen vertieft hat. Des Weiteren ist ein Diskurs über Abschiebep Praxis geblieben und nach rechts gerückt, was angesichts der zuvor bereits

geführten Diskussionen über Abschiebungen von Geflüchteten bei manchen auf offene Ohren gestoßen ist. Zunehmende Repression gegenüber Menschen ohne festen Wohnsitz wird unter Punkt 3.2 detaillierter beschrieben.

Die eingangs erwähnte Diskussion über die Gefährdung öffentlicher Sicherheit wurde das ganze Jahr 2017 auch über den Alexanderplatz im Bezirk Mitte geführt. Hier sind neben jungen, männlichen Geflüchteten auch wohnungs- und obdachlose Menschen im Fokus. Die Darstellung dieses zentralen Berliner Platzes als ein besonders gefährdeter Ort führte zu vielen Diskussionen über öffentliche Sicherheit. Teilweise sorgt auch die Presse für das „subjektive Unsicherheitsgefühl“. Besucher*innen-gruppen, die wir bei Gangway empfangen, fragen uns häufig, ob sie Angst haben müssten, über diesen Platz zu gehen. Die Presse berichtet permanent über Straftaten rings um den Alexanderplatz, so dass diese Verunsicherung nachvollziehbar ist. Stellt man jedoch die Straftaten, die hier begangen werden, in Relation zu der Masse an Menschen, die diesen Ort täglich frequentiert (bis zu 300.000 Menschen), ist der Alex der sicherste Platz Berlins.

Hier lässt sich eine sachliche Diskussion, die bisher populistisch aufgeladen war, besser führen, wenn mit relativen statt mit absoluten Zahlen argumentiert wird. Die Folge des Ganzen ist ein neues Überwachungskonzept der Berliner Polizei für den Bereich des Alexanderplatzes.

Dies beinhaltet einerseits eine im Dezember neu eröffnete Polizeiwache mitten auf dem Platz als auch mobile Überwachungskameras. In der sogenannten „Alexwache“ sind Ordnungsamt und Polizei präsent und sollen den sich auf dem Platz aufhaltenden Bürger*innen ein subjektives Sicherheitsgefühl vermitteln. Das Thema Alexanderplatz wird ebenfalls unter Punkt 3 noch einmal aufgegriffen.

Zu unseren Adressat*innen zählen auch Sexarbeiterinnen an der Kurfürstenstraße. Berlin hat, im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten, die Besonderheit, dass es kein Sperrgebiet in Bezug auf Sexarbeit gibt. Anders als zum Beispiel München, wo in den meisten Gebieten die Sexarbeit verboten ist, gibt es keinen Berliner Stadtteil, in welchem dies verboten ist. Konzentriert findet sich Sexarbeit in der und um die Kurfürstenstraße. Ein Teil der Kurfürstenstraße befindet sich im Bezirk Mitte. Wie in anderen öffentlich geführten Debatten über den öffentlichen Raum wurde hier durch den Bezirksbürgermeister von Dassel wiederholt die Errichtung eines Sperrbezirks gefordert. Da die meisten der hier der Sexarbeit nachgehenden Menschen obdachlos sind, ist diese Diskussion auch für uns von Relevanz. Die Argumentationsmuster ähneln sich dabei häufig und der Ruf nach Vertreibung von unliebsamen Menschen im öffentlichen Raum wird nicht selten dann laut, wenn sich das Gebiet an sich verändert, aufgewertet wird. Dies geschieht ebenfalls gerade in diesem Bezirk, neue Wohnhäuser werden gebaut und finanzstarke neue Bewohner*innen ziehen in den Kiez. Diese sind dabei natürlich ebenfalls potentielle neue Wähler*innen, deren Interessen und Bedürfnisse dabei häufig im Gegensatz zu denjenigen stehen, welche sich hier bereits seit vielen Jahren aufhalten.

Bislang ist es dabei lediglich bei einer in den Medien geführten Debatte geblieben, auch weil die angrenzenden Bezirke sich bislang gegen die Einrichtung eines Sperrbezirkes aussprechen. Denn aus deren Sicht führt eine Verdrängung lediglich zu einer Verlagerung und bedeutet für viele der hier der Sexarbeit nachgehenden Menschen eine Verschlechterung und weniger Kontakt zu Sicherheit gebenden und Beratung anbietenden Strukturen.

Zum Thema Sexarbeit gab es 2017 eine weitere Diskussion in Berlin, die den Umgang mit dem neuen sogenannten Prostituiertenschutz-



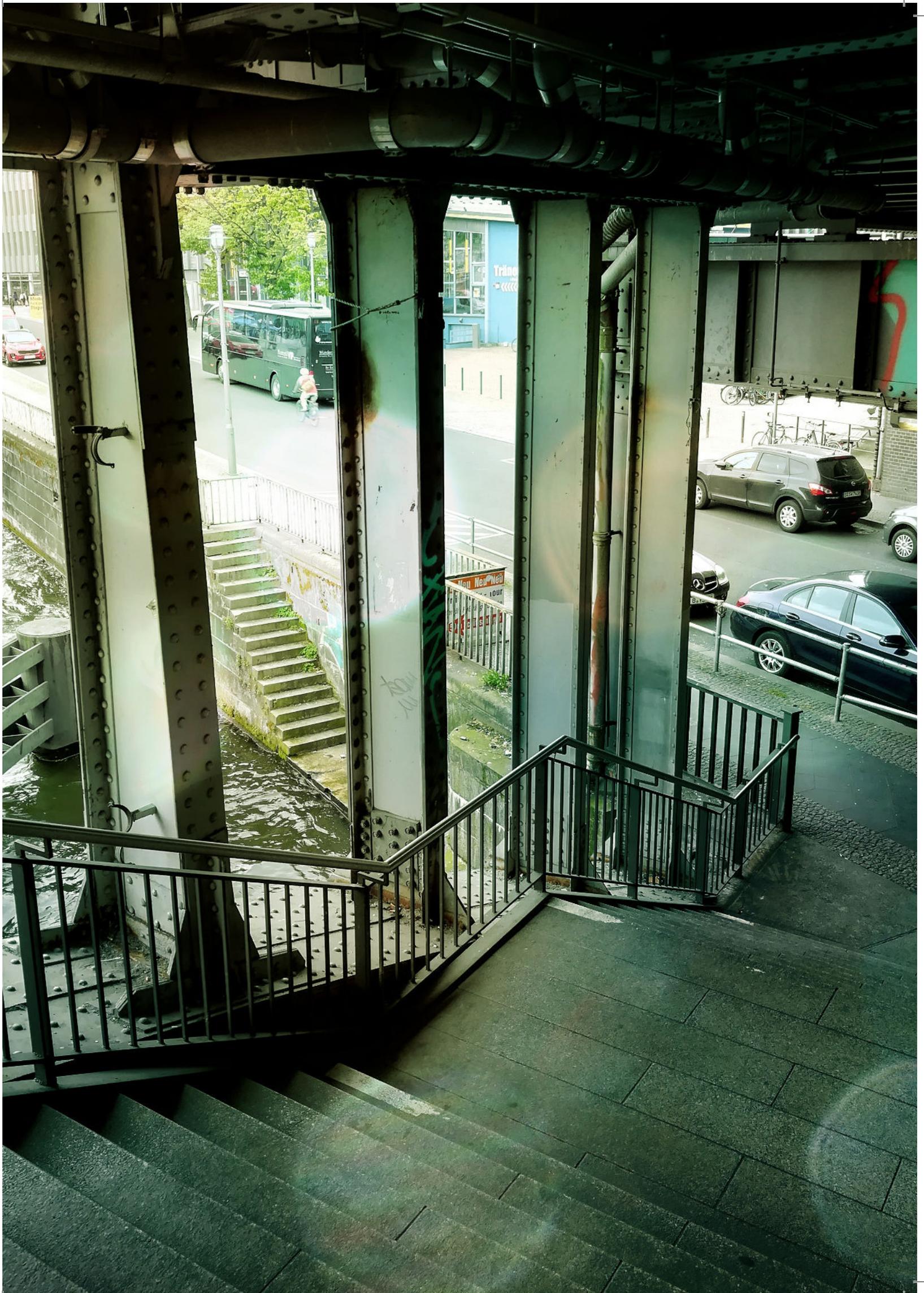
gesetz betrifft, welches unter Punkt 4 genauer thematisiert wird.

Eine weitere, diesmal positive Nachricht, rückte zum Jahresende erneut Wohnungs- und Obdachlosigkeit in den Fokus der Öffentlichkeit. Die Sozialsenatorin Frau Breitenbach hat angekündigt, dass ab Januar 2018 die Berliner Leitlinien der Wohnungslosenhilfe neu diskutiert werden sollen. In Punkt 5 wird darauf näher eingegangen.

3. VERDRÄNGUNG

In den vorangegangenen Jahren haben wir uns, unter anderem auch in unseren Jahresberichten, immer wieder mit dem Thema Stadtentwicklung und mit Verdrängung wohnungsloser Menschen aus dem öffentlichen Raum beschäftigt. Wir hatten prognostiziert, dass die Zahl der Wohnungslosen aufgrund der Mietpreisentwicklung in Metropolregionen wie Berlin und der wachsenden Armut in der Gesellschaft steigt, die Wohnungslosigkeit dadurch sichtbarer wird und dass dies verstärkt zu Konflikten im öffentlichen Raum führen wird. Die Gestaltung öffentlicher Räume unter rein ökonomischen Gesichtspunkten hatten wir bemängelt und auch dies als Konfliktherd benannt. Wie nie zuvor gab es im Jahr 2017 nun exakt die von uns angesprochenen Probleme. Obdachlosigkeit rückte in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses und es wurden kontroverse Debatten darüber geführt. Die von uns prognostizierten Verdrängungsmechanismen durch bauliche Gestaltung, aber auch durch Repression wurden sichtbarer denn je. Dass das Thema Obdachlosigkeit nun verstärkt öffentlich wahrgenommen wird, ist zu begrüßen. Die Art und Weise, wie diese Diskussionen geführt wurden und werden, ist jedoch häufig zu bemängeln.

In nahezu allen Stadtbezirken konnte man 2017 die wachsende Obdachlosigkeit feststellen. Es gab auch in den Randbezirken kaum eine Brücke oder ein anderes Bauwerk, das ein wenig Schutz vor der Witterung bietet, an dem keine obdachlosen Personen anzutreffen waren. Unter anderem in Charlottenburg, Friedrichshain und Mitte gab es mehrere Ansammlungen von Obdachlosen, die in Zelten nächtigten (z.B. am Spreeufer an der East-Side-Gallery, rings um das „Berghain“ oder im Großen Tiergarten). In vielen Sozialräumen gab es diesbezüglich Beschwerden von Anwohner*innen bzw. Gewerbetreibenden, teilweise auch Bürger*inneninitiativen - und zum Teil wurden diese unterstützt durch Politiker*innen. Auffällig hierbei ist, dass als Argument gegen Obdachlose immer wieder die öffentliche Sicherheit angeführt wurde. Häufig hat die Kriminalität an diesen Orten objektiv betrachtet jedoch nicht zugenommen. Am Hardenbergplatz vor dem Bahnhof Zoo ist sie nach Auskünften der Polizei beispielsweise seit Jahren, trotz einer wachsenden Anzahl wohnungsloser Menschen in diesem Gebiet, konstant. Offensichtlich gibt es also keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Obdachlosigkeit und Kriminalität. Noch deutlicher war dieses Phänomen am Hansaplatz zu beobachten. Dieser Sozialraum wurde einst von der Polizei als kriminalitätsbelasteter Ort nach dem ASOG eingestuft. Nachdem die Kriminalität in den letzten Jahren hier jedoch stetig zurückgegangen ist, ist der Hansaplatz von der Liste der kriminalitätsbelasteten Orte gestrichen worden. Dennoch gab es im letzten Jahr öffentlichen Protest gegen obdachlose Menschen wie nie zuvor und das, obwohl der Hansaplatz im Winter kein Kältebahnhof mehr ist und somit auch weniger Obdachlose hier verkehren und trotz der rückläufigen Kriminalität. Es gibt hierbei den nun häufig angeführten Begriff des „subjektiven Sicherheitsempfindens“. Scheinbar werden in der Debatte subjektive Empfindungen (die ernst zu nehmen sind) mit objektiven Fakten verwechselt. Wo Kriminalität objektiv steigt,



ist mehr Polizei notwendig, wo lediglich das subjektive Sicherheitsempfinden gestört ist (siehe Punkt 2 Alexanderplatz), sind Kommunikation und Aufklärung notwendig. Viele Menschen haben Angst vor obdachlosen Personen, weil sie ihnen fremd sind. Aus diesem Grund sind Projekte, die Begegnungen ermöglichen, sinnvoll.

Im letzten Jahr wurde den Problemen und Konflikten im öffentlichen Raum jedoch häufig mit der Verdrängung Wohnungsloser begegnet. Es gab jedoch auch viele Gesprächsrunden zum Thema, an denen wir konstruktiv mitgewirkt haben.

3.1. VERDRÄNGUNG DURCH BAULICHE VERÄNDERUNGEN

Bei Verdrängungsprozessen spielen die Umgestaltung von (öffentlichen) Räumen sowie die Bebauung privater Grundstücke eine erhebliche Rolle. Diese werden jedoch kaum wahrgenommen, da diese Prozesse häufig kaum sichtbar sind bzw. man nimmt sie nur wahr, wenn man gezielt danach schaut. Ein öffentlicher Platz, auf dem keine Sitz-

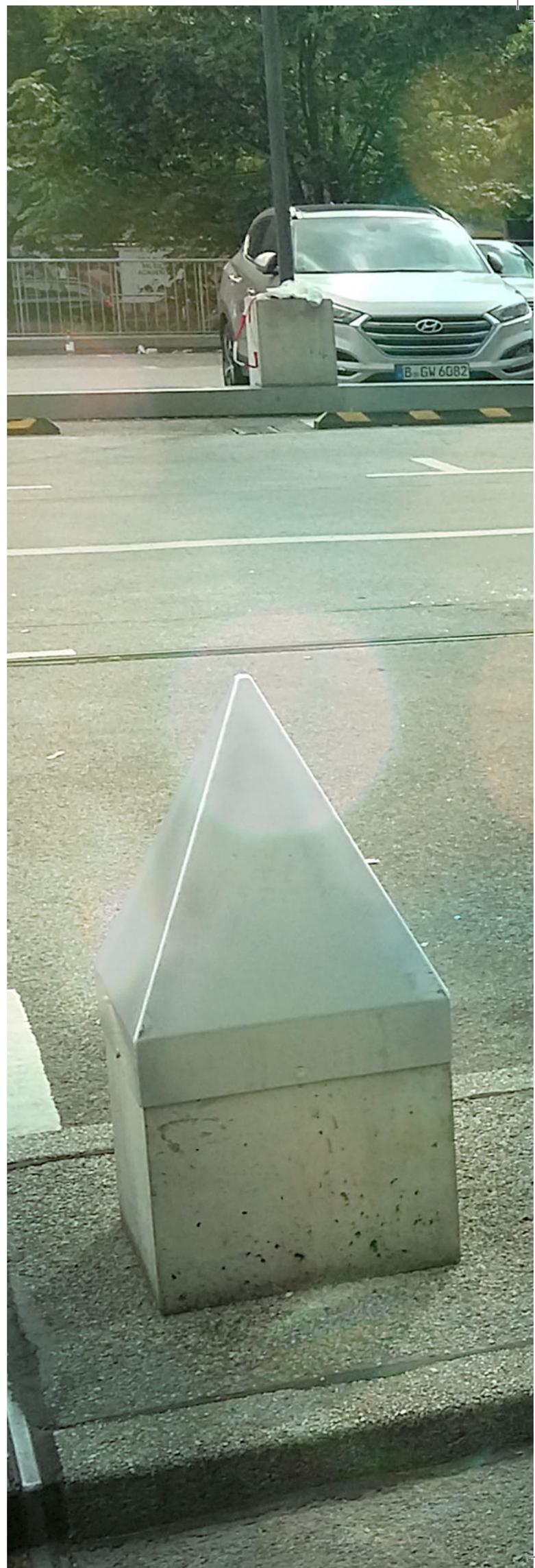
gelegenheit vorhanden ist, löst beim Betrachten in der Regel nicht den Gedanken aus, dass hier ein Verdrängungsprozess stattfindet, und dennoch ist dies dann häufig der Fall. Dass bei der Eröffnung des Hauptbahnhofes der Bundeshauptstadt in dem Gebäude, in welchem täglich tausende Reisende Aufenthalte haben würden, keine Sitzgelegenheiten installiert wurden, lag wohl nicht daran, dass die Architekt*innen nicht auf die Idee gekommen sind, dass sich Reisende auch mal setzen möchten.

Am Fernsehturm am Alexanderplatz befindet sich ein Lüftungsgitter, aus dem warme Luft strömt und welches Wohnungslose, vor allem im Winter, als Aufenthaltsort nutzten. Letztes Jahr wurden auf dem Gitter Querverstrebungen angebracht (siehe Foto), die ein Liegen auf diesem Gitter äußerst unbequem machen. Das Gitter ist seitdem „obdachlosfrei“.

Eine ganz ähnliche Maßnahme war am Ostbahnhof zu beobachten. Nachdem der Vorplatz vor einigen Jahren umgebaut wurde, gab es zur Begrenzung des Parkplatzes Betonwürfel, während der Parkplatz zuvor durch eine Mauer begrenzt worden war. Auf dieser Mauer konnten zuvor Menschen



nebeneinander sitzen und dies wurde von Obdachlosen genutzt. Auf den Betonwürfeln konnten sie nach dem Umbau nicht mehr nebeneinander sitzen, sondern nur noch in Abständen von ca. drei Metern. Seit dem letzten Jahr ist auch dies nicht mehr möglich, da die Betonwürfel mit pyramidenförmigen Metallaufsätzen versehen wurden (siehe Foto). Dies sind nur kleine Maßnahmen, die direkt auf Verdrängung abzielen. Es gibt jedoch andere bauliche Veränderungen, die Selbige gewollt oder ungewollt mit sich bringen. Rings um den Ostbahnhof gibt es mehrere Bauprojekte, unter anderem eine Shopping Mall zwischen Warschauer Brücke und der Mercedes-Benz-Arena. Das Gebiet soll, wie auch die anderen Orte, an denen wir arbeiten, massiv aufgewertet werden. Gerade dies hat Folgen für die Menschen, mit denen wir arbeiten. Sehr deutlich ist dies auch im Kurfürstenkiez zu beobachten. In der Gegend des Straßenstrichs entstehen Gebäude mit Luxuswohnungen (ein Investor sprach sich im „Heute-Journal“ des ZDF offen für eine Verdrängung der Sexarbeit aus) und bereits in den Jahren zuvor hatte sich der Sozialraum dahingehend geändert, dass sich eine zunehmend wohlhabendere Bevölkerungsschicht dort angesiedelt hatte. Eine Diskussion über einen Sperrbezirk in diesem Gebiet ist nicht neu, jedoch wurde dies noch nie so vehement gefordert wie derzeit und nie zuvor war dies derart häufig Thema in der Presse. Es gibt inzwischen eine Bürger*inneninitiative, die sich für einen solchen Sperrbezirk einsetzt und der Bürgermeister von Berlin Mitte Stephan von Dassel unterstützt diese Forderung. Sowohl rings um den Alexanderplatz als auch am Bahnhof Zoologischer Garten existieren umfassende Bauvorhaben. Am Alex gibt es Pläne, mehrere Hochhäuser mit Luxuswohnungen und Büroräumen zu bauen, und ganz ähnliche Pläne existieren für das Gebiet hinter dem Bahnhof Zoo zwischen Hertzallee und Straße des 17. Juni. Zusätzlich wird der Hardenbergplatz gerade umgestaltet und das Platzangebot aufgrund der Baumaßnahmen eingeschränkt.



3.2 VERDRÄNGUNG DURCH REPRESSION

Da Menschen durch die Gestaltung öffentlicher Räume verdrängt werden können, ist mit dieser Gestaltung verantwortungsvoll umzugehen. Die kommunalen Institutionen sollten hierbei sensibel und umsichtig handeln und die Kontrolle bei dieser Gestaltung nicht aus der Hand geben. Die soziale Verantwortung wurde jedoch sehr stark in den Hintergrund gerückt und ökonomische Interessen in den Vordergrund. Wir hatten in unseren letzten Jahresberichten unter anderem die Pläne zur Errichtung eines „Business Improvement Districts“ (BID) an der Tauentzienstraße/Kurfürstendamm kritisiert. Im Sommer 2017 kam es zur öffentlichen Auslegung der Pläne im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf. Nachdem nicht mehr als ein Drittel der Eigentümer*innen in diesem Gebiet den Plänen widersprochen hat, können in diesem Areal in Zukunft vorwiegend Unternehmen die Gestaltung des Raumes übernehmen. Zusätzlich wird es sog. „City Guides“ geben, die zwar nicht die Aufgaben eines Sicherheitsdienstes durchführen dürfen, ob dies aber tatsächlich so umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Erfahrungen aus anderen Städten (z.B. Hamburg) zeigen, dass solche Dienste durchaus des Öfteren auch Sicherheitsaufgaben übernehmen und zur Verdrängung bestimmter Personengruppen beitragen. Was für Auswirkungen das BID auf die Wohnungslosenszene konkret haben wird ist bisher Spekulation. In einer öffentlichen Diskussion im Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf, zu der der zuständige Bezirksstadtrat Herr Schruoffeneger eingeladen hatte, versicherten uns die Initiator*innen des BIDs, dass sie nicht auf Verdrängung abzielten. Nachdem sich diese Unternehmer*innen, die in der AG City organisiert sind, in der Vergangenheit jedoch immer wieder über Wohnungslose in diesem Gebiet beklagt hatten, erscheint dies widersprüchlich. Wir werden die Entwicklung genau beobachten.

Die Umgestaltung der Sozialräume und die damit verbundene Veränderung der Bevölkerungsstruktur hat einerseits die bereits genannten Auswirkungen, andererseits kommt es dadurch aber auch zu Handlungen der Ordnungsbehörden, die dabei häufig dem öffentlichen Druck nachgeben.

2017 haben wir uns sehr intensiv mit der Situation am Hansaplatz beschäftigt. Dass es Beschwerden über Obdachlose in diesem Gebiet gibt, ist wiederum nicht neu, die Intensität hat jedoch stark zugenommen. Der U-Bahnhof Hansaplatz war im Winter bis vor drei Jahren einer von drei Kältebahnhöfen der Stadt, d.h. dass diese Bahnhöfe bei Temperaturen unter null Grad offen bleiben, damit obdachlose Personen dort nächtigen können. Diese Regelung war manchen Anwohner*innen und dem Bürgerverein Hansaviertel ein Dorn im Auge. Der Verein setzte sich jahrelang für eine Schließung des Bahnhofs über Nacht ein. Bei den Behörden wurde beantragt, dass die U-Bahn-Station zu einem Kulturbahnhof umgewandelt wird, um hier Ausstellungen etc. zu installieren. Durch dieses Betreiben des Kulturvereins wurde der Hansaplatz als Kältebahnhof ersatzlos gestrichen. Kultur sucht man dort allerdings bis heute vergeblich und nach Aussagen des Bürgervereins sei dies zwar in Planung, habe aber derzeit nicht die oberste Priorität, so dass die Installation von Kultur noch etwas Zeit brauche. Hieraus lässt sich schließen, dass es nicht darum ging, Kultur in den Bahnhof hinein, sondern Obdachlose aus dem Bahnhof heraus zu bekommen. Der Bürgerverein hat in einer öffentlichen Veranstaltung offen zugegeben, dass vor einigen Jahren im Verein diskutiert wurde, ob man einzelne Holzlatten aus Parkbänken am Hansaplatz entfernen sollte, damit sich Obdachlose dort nicht mehr hinsetzen können. Der Vorstand habe diesen Vorschlag jedoch nicht unterstützt. Ein Verein, der die Begehung



von Straftaten (Sachbeschädigung) diskutiert, beschwerte sich über die mangelnde öffentliche Sicherheit. Merkwürdigerweise wird heute behauptet, das Problem mit obdachlosen Personen sei erst seit ca. zwei Jahren brisant. Vorher habe es zwar Obdachlose gegeben, hierbei wären aber kaum Konflikte entstanden. Es gab jedoch tatsächlich Veränderungen in den letzten zwei Jahren, allerdings keinen Zuwachs an obdachlosen Personen. Zum einen verlegte ein Mitglied des Abgeordnetenhauses (MdA), Herr Thomas Isenberg, sein Bürger*innenbüro von Moabit an den Hansaplatz und einige Anwohner*innen besuchten dort den Abgeordneten, um sich über die Situation am Platz zu beschweren. Offensichtlich war der Druck jedoch nicht so groß, dass man sich für eine solche Beschwerde auf den Weg nach Moabit gemacht hätte. Es ist auch zu berücksichtigen, dass Menschen, die sich nicht gestört fühlen, vermutlich auch nicht in das Büro von Herrn Isenberg kommen, um ihm Selbiges mitzuteilen. Dadurch werden Menschen, die sich gestört fühlen, gehört - und die anderen, da sie nichts sagen, nicht.

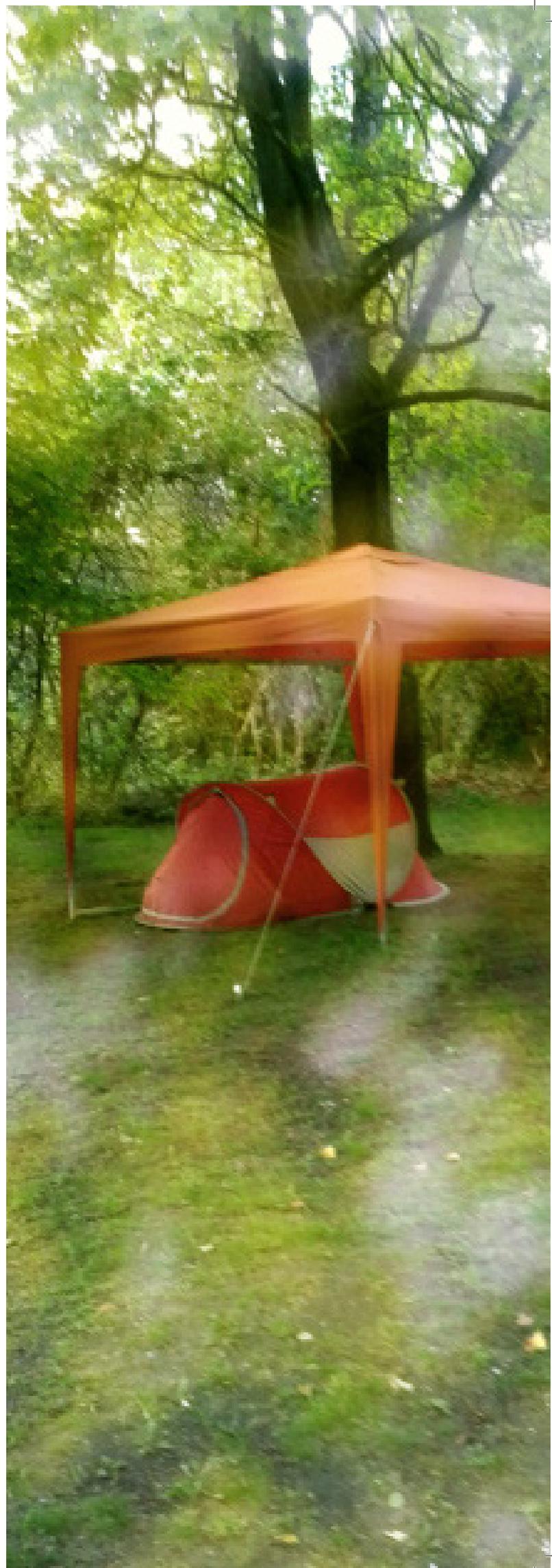
Hinzu kam, dass seit September 2016 nun sonntags der Hansaplatz von der „Berliner Obdachlosenhilfe“, einem Verein aus ehrenamtlichen Helfer*innen, angefahren wurde, um dort für eine Stunde Essen und Kleidung an obdachlose Menschen zu verteilen. Nachdem man mit der Schließung des U-Bahnhofes als Kältebahnhof dafür gesorgt hatte, dass der Platz für Obdachlose weniger attraktiv war, kam also ein Verein, der Obdachlose, wenn auch nur für eine Stunde während der Schließzeiten der meisten ansässigen Gewerbe, wieder an den Platz lockte. Vor allem die Auseinandersetzung mit der Berliner Obdachlosenhilfe verlief äußerst emotional und wenig sachlich.

Es gab mehrere Gespräche und Bürgerversammlungen zum Thema (siehe 3.3). Herr Haas als Präventionsbeauftragter des Bezirks Mitte gab eine kurze Mediation in Auftrag, um Lösungen zu finden. Die Mediationsgespräche dauerten von Oktober bis

Dezember 2017, um zwischen den verschiedenen Interessengruppen zu vermitteln. Anfang November 2017 wurden sämtliche obdachlose Personen mittels Polizei und Ordnungsamt auf Betreiben des Bürgermeisters Stephan von Dassel im Großen Tiergarten geräumt und in diesem Atemzug die Menschen am Hansaplatz ebenso. Das Bezirksamt Mitte torpedierte damit die Mediation, die es selber in Auftrag gegeben hatte, und machte eine kooperative Lösung unmöglich. Gleichzeitig auf Repression und Dialog zu setzen kann nicht zum Ziel führen. Außerdem sendete man ein sehr deutliches Signal an die Wohnungslosen: „Es ist egal, wie Ihr Euch verhaltet, wir räumen Euch so oder so!“

Das repressive Vorgehen im Großen Tiergarten hatte ebenfalls ein Vorspiel. Auch hier ist es nicht neu, dass Obdachlose den Park zum Nächtigen nutzen und hierbei teilweise auch Zelte aufschlagen. Bereits im Jahr 2015 befanden sich am Zugang zum Tiergarten auf dem Weg vom Hardenbergplatz zum „Schleusenkrug“ allein in diesem Bereich bis zu 20 Zelte, in denen Obdachlose lebten (ca. 40 – 50 Personen). Im letzten Jahr wurde nun argumentiert, dass die Anzahl an Wohnungslosen im Tiergarten Überhand angenommen hätte. Es seien inzwischen 40 – 50 Obdachlose dort. Auslöser war der Mord an einer Frau, der im September geschah. Sie wurde auf dem Weg zwischen Schleusenkrug und Hardenbergplatz, knapp 50 Meter von der Station der Bundespolizei am Bahnhof Zoo, Opfer dieses Verbrechens. Als die Frau noch als vermisst gemeldet war, man also noch nicht wusste, was geschehen war, standen viele Wohnungslose der Polizei mit ihren Aussagen hilfreich zur Verfügung. Dennoch wurden Obdachlose im Tiergarten in der Folgezeit zunehmend öffentlich problematisiert und teilweise kriminalisiert. Es ging dabei weniger darum, dass der Zustand der Obdachlosigkeit ein Problem ist, sondern dass die betroffenen Menschen ein Problem sind. Das Ordnungsamt Mitte beschwerte sich beim Bezirksbürgermeister über zunehmende Aggressivität

der Wohnungslosen und dieser reagierte, indem er den Konflikt weiter eskalieren liess und vor allem Osteuropäer*innen stigmatisierte. Dass sich Mitarbeiter*innen unwohl fühlen, wenn sie von einzelnen Wohnungslosen beschimpft werden, ist nachvollziehbar; dass Wohnungslose zunehmend wütend werden, wenn sie ständig zum Verlassen eines Ortes aufgefordert werden, ohne dass man ihnen dabei eine Alternative anbietet, ist es ebenso. Seine öffentliche Forderung war unter anderem die Abschiebung osteuropäischer EU-Ausländer*innen in ihre Herkunftsländer. Hierzu ist anzumerken, dass die Abschiebung eines aus der EU stammenden Menschen wegen der Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit nicht so einfach ist. Jeder einzelne Fall müsste von den Behörden sehr genau geprüft werden. Kommt die Ausländer*innenbehörde tatsächlich zu der Auffassung, dass ein Mensch hier kein Bleiberecht hat, hat dieser natürlich die Möglichkeit, dagegen Rechtsmittel einzulegen. Bis ein endgültiger Abschiebebescheid vorhanden ist, vergeht also viel Zeit mit hohem bürokratischem Aufwand. Setzt man dann die Abschiebung gegen den Willen dieses Menschen durch, wird er vermutlich im Anschluss die Grenze wieder passieren und würde innerhalb kurzer Zeit wieder in Berlin leben. Der Aufwand wäre also sehr hoch, das Ergebnis gleich Null. Begründet wurde der Vorschlag des Bezirksbürgermeisters unter anderem mit Sicherheitsaspekten. Was Herr von Dassel jedoch außer Acht ließ war, dass bei unfreiwilliger Obdachlosigkeit die öffentliche Sicherheit und Ordnung tatsächlich gestört ist, nämlich dadurch, dass grundgesetzlich verankerte Individualrechte der obdachlosen Person verletzt sind (insbesondere Art. 1 und Art. 2 Abs. 2 GG), somit eine Gefahrensituation im Sinne des Polizeirechts (in Berlin ASOG) eingetreten ist, der durch Unterbringung beizukommen ist. Die örtliche Zuständigkeit fällt in die Kommune, in der die Gefahrensituation eintritt, in diesem Falle dort, wo sich die obdachlose Person befindet, also in die Zuständigkeit des Bezirksamtes Mitte. Wie bereits erwähnt, wurde der Tiergarten geräumt,



ohne den Menschen ein alternatives Angebot zu machen. Würde man die Ressourcen, die notwendig wären, um Abschiebungen durchzuführen, für Unterbringungen verwenden, wäre dies für alle Seiten hilfreicher und zusätzlich gesetzeskonform.

Nur wenige Meter von diesem Park entfernt gab es jedoch einen gelungenen Dialog zwischen dem Ordnungsamt Charlottenburg-Wilmersdorf und uns als Straßensozialarbeiter*innen, der für alle Beteiligten gewinnbringend war. Es gab Beschwerden über obdachlose Personen, die sich unter den Bahngleisen in der Hertzallee am Bahnhof Zoo befanden. Das Ordnungsamt beklagte die zunehmende Vermüllung und dass die Gehwege teilweise nur noch schwer passierbar waren, da die Obdachlosen zu viele Gegenstände (Matratzen, kleine Tische etc.) angehäuft hatten. Wir boten uns als Vermittler*innen an und handelten aus, dass das Ordnungsamt die Obdachlosen dort unter der Voraussetzung gewähren lässt, dass die beklagten Missstände beseitigt werden. Wir kommunizierten dies mit den Obdachlosen und diese hielten sich auch an die Vereinbarungen. Kam es doch einmal zu Zuständen, die das Amt nicht mehr tolerieren wollte, wurde keine Räumung veranlasst, sondern zunächst wurden wir in Kenntnis gesetzt, dass eine Räumung ansteht, sollten sich die Verhältnisse nicht ändern. Durch erneute Kommunikation mit den Wohnungslosen ließ sich die Räumung abwenden. Hierdurch wurden alle Beteiligten zufrieden gestellt. Die öffentliche Ordnung war gewährleistet und die Wohnungslosen hatten einen Platz, an dem sie sein konnten. Solange Obdachlosigkeit an sich nicht beseitigt wird oder werden kann, scheint dies eine adäquate vorübergehende Notlösung zu sein, anstatt Probleme permanent nur zu verlagern.

Auch an den anderen Orten, an denen wir arbeiten, spielt Verdrängung durch Repression eine große Rolle. Am Alexanderplatz spricht die Polizei beispielsweise offen darüber, eine Verdrängung obdachloser Osteuropäer*innen als Ziel zu haben. Sie

seien neben geflüchteten männlichen Jugendlichen eine Problemgruppe.

Die beschriebenen Verdrängungsprozesse sind lediglich exemplarisch. In nahezu gleicher Weise findet dies an vielen Orten in Berlin statt. Da davon auszugehen ist, dass die Anzahl obdachloser Menschen in den kommenden Jahren nicht kleiner, sondern eher größer werden wird, kann eine permanente Verdrängung von einem Ort zum anderen keine Lösung sein, im Gegenteil schaffen solche Prozesse nur Frust, Aggression und sozialen Unfrieden. Des Weiteren kosten Handlungen der Ordnungsbehörden auch Geld, das bei Maßnahmen zur Beseitigung von Obdachlosigkeit fehlt und dort sinnvoller angelegt wäre. Dass der Senat von Berlin dem Thema „Obdachlosigkeit“ mehr Aufmerksamkeit schenkt, ist zu begrüßen.

3.3 GESPRÄCHE UND EXPERT*INNENRUNDEN

Um unsere Sicht in die Diskussion um Konflikte im öffentlichen Raum in Bezug auf obdachlose Menschen einzubringen und parteilich für unsere Adressat*innen einzutreten, hatten wir im Berichtszeitraum eine Vielzahl an Gesprächen mit anderen Kolleg*innen sowie mit politisch Verantwortlichen, Polizei, Anwohner*innen etc.

Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hatte Herr Naumann als Bezirksbürgermeister zu Gesprächsrunden eingeladen. Als Ziel wurde von vielen der Wunsch formuliert, dass sich die Obdachlosigkeit nicht so sehr an einem Standpunkt (rings um den Bahnhof Zoo) konzentrieren solle, sondern auf andere Gebiete verteilt werden solle. Gleichzeitig hatten wir Gespräche im Hansaviertel. Vor allem Herr Isenberg (MdA) äußerte, dass er am Hansaplatz keine obdachlosen Personen haben möchte und dass er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgehen werde. Auf die Frage, wo diese

Menschen denn hin sollten, entgegnete er, dass sie sich zum Bahnhof Zoo begeben sollten, da es dort Hilfsangebote wie die Bahnmissionsmission für sie gäbe. Des Weiteren war es sein Wunsch, das wir die Menschen in Hilfsangebote vermitteln. Da es sich bei vielen dieser Menschen jedoch um Osteuropäer*innen ohne Sozialleistungsansprüche handelt, ist der Zugang zum Hilfesystem nicht vorhanden. Eine ordnungsrechtliche Unterbringung wird ebenfalls nicht gewährt, obwohl dies verpflichtend wäre. Herr Isenberg betonte, dass er das Gesetz von Frau Nahles, das den Zugang zu Sozialleistungen für diese Menschen noch einmal zusätzlich erschwert hat, unterstütze. Da einer der der wichtigsten Punkte bei den Beschwerden die Verunreinigung des Platzes durch Urinieren war, erörterten wir die Möglichkeit, eine kostenfreie Toilette oder ein Dixi-Klo zur Verfügung zu stellen. Der Abgeordnete lehnte dies mit der Begründung ab, dass dann noch mehr Obdachlose an den Platz kommen würden. Herr Isenberg ist diesbezüglich nicht zwingend repräsentativ für Argumentationen in solchen Diskussionen, da er hier eine besonders harte Linie verfolgt. Grundsätzlich ist die Richtung, die Herr Isenberg einschlägt, aber in fast allen Sozialräumen von verschiedenen Seiten vorzufinden. Es wird überlegt, wie man Obdachlose aus einem bestimmten Gebiet entfernt. Dies ist das Ziel. Wohin die Menschen gehen sollen, wird nicht mehr überlegt. Aus diesem Grund sind sozialraumübergreifende Gespräche notwendig. Denn wenn Herr Isenberg Obdachlose lieber am Bahnhof Zoo anstatt am Hansaplatz hat, widerspricht dies den Bestrebungen von Herrn Naumann, der in genau die entgegengesetzte Richtung geht.

Bezüglich des Hansaviertels hatten wir viele Gespräche mit Anrainer*innen, waren auf einer Bürgerversammlung von Herrn Isenberg, nahmen an Gesprächsrunden bezüglich junger Geflüchteter, die an sich an der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche aufhielten, teil, hatten Gespräche mit der

Beratungsstelle in der Levetzowstraße, sowie mit der Berliner Obdachlosenhilfe.

Gesprächsrunden dieser Art gab es auch bezüglich des Tiergartens und anderer Sozialräume. Wir haben umfassend versucht, unsere Kenntnisse hierbei mit einzubringen und konstruktiv dazu beizutragen, Lösungen zu finden. Bisher konnten wir bestenfalls Verdrängungsprozesse stoppen oder verlangsamten, nachhaltige Konzepte gibt es aber bisher nicht. Die Initiative von Frau Breitenbach als Sozialsenatorin ist ein Schritt in die richtige Richtung und kann die Probleme zumindest mildern. Letztendlich kann jedoch ein Bundesland wie Berlin die Problematik nicht allein lösen, da die Hauptursachen für Wohnungslosigkeit und Armut in der Gesellschaft nur auf höheren, also bundesweiten bzw. internationalen Ebenen, lösbar sind.



Zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen wurde das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) im Juli 2016 vom Deutschen Bundestag verabschiedet und ist mit Wirkung des 1.07.2017 in Kraft getreten.

Das Gesetz sieht vor, dass wer eine Tätigkeit als Sexarbeiter*in ausüben will, sich bei der zuständigen Behörde anmelden und im Rahmen der Anmeldung ein Informations- und Beratungsgespräch führen muss (vgl. § 7 Informationspflicht der Behörde; Informations- und Beratungsgespräch, ProstSchG).

*§ 7 Informationspflicht der Behörde; Informations- und Beratungsgespräch
(1) Bei der Anmeldung ist ein Informa*



tions- und Beratungsgespräch zu führen.

(2) Das Informations- und Beratungsgespräch muss mindestens umfassen:

1. Grundinformationen zur Rechtslage nach diesem Gesetz, nach dem Prostitutionsgesetz sowie zu weiteren zur Ausübung der Prostitution relevanten Vorschriften, die im räumlichen Zuständigkeitsbereich der Behörde für die Prostitutionsausübung gelten,
2. Grundinformationen zur Absicherung im Krankheitsfall und zur sozialen Absicherung im Falle einer Beschäftigung,
3. Informationen zu gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten einschließlich Beratungsangeboten zur Schwangerschaft,
4. Informationen zur Erreichbarkeit von Hilfe in Notsituationen und
5. Informationen über die bestehende Steuerpflicht der aufgenommenen Tätigkeit und die in diesem Zusammenhang zu erfüllenden umsatz- und ertragssteuerrechtlichen Pflichten.

(3) Die zuständige Behörde stellt der oder dem Prostituierten während des Beratungsgesprächs Informationen zur Ausübung der Prostitution in geeigneter Form zur Verfügung. Die Informationen sollen in einer Sprache verfasst sein, die die oder der Prostituierte versteht.

Nach Inkrafttreten des Gesetzes wurde eine Übergangsregelung bis zum 31.12.2017 geschaffen, wonach jede/ jeder sich ordnungswidrig verhält, die/der nach Ablauf der Übergangszeit ab dem 01.01.2018 noch keine Anmeldung vorgenommen hat.

Da die Umsetzung des ProstSchG in Berlin sich bis dato aufgrund behördlicher und organisatorischer Hürden schwierig gestaltet, wurde erneut eine Übergangsregelung festgelegt, so dass betroffene Personen momentan einen Anmeldeversuch nachweisen müssen, indem sie nach Vorstellung und Vorsprache bei der zuständigen Behörde (hier: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg) eine Bescheinigung

über einen Versuch zur Anmeldung erhalten und diese Bescheinigung mitführen sowie auf Verlangen vorzeigen müssen.

Die Bescheinigung über den Anmeldeversuch gilt solange als gültige Anmeldung, bis der gesetzlich vorgesehene Prozess zur ordnungsrechtlichen Anmeldung in Berlin durchgeführt werden kann.

Der Fall eines unterlassenen Anmeldeversuchs in Verbindung mit einer Fortführung einer Tätigkeit im Prostitutionsgewerbe wird als ordnungswidrig angesehen und kann ordnungsrechtlich geahndet werden. Im ProstSchG ist geregelt, dass die Polizei Kontrollen durchführen kann. Sexarbeiter*innen, denen bei den Polizeikontrollen ein vorwerfbares Verhalten im Sinne vom Unterlassen des Anmeldeversuchs nachgewiesen werden kann, kann nach Prostituiertenschutzgesetz § 33, Absatz 3 ein Bußgeld in Höhe von bis zu 1.000 EUR auferlegt werden.

In der Praxis stellen die neuen Regelungen des Prostituiertenschutzgesetzes, insbesondere die Anmelde- und Beratungsformalitäten, für viele Sexarbeiter*innen eine große Hürde dar und lösen große Unsicherheiten aus. Bezüglich des Anmeldeprozesses bestand und besteht ein großer Beratungs- sowie Unterstützungs- und Begleitungsbedarf von Seiten der Sozialarbeiter*innen, damit die betroffenen Sexarbeiter*innen der gesetzlich verankerten Anmeldepflicht nachkommen (können). Dieser Umstand ist nicht zuletzt auf die Umsetzungsproblematik des ProstSchG und die Verwirrungen bzgl. der ordnungsrechtlichen Anmeldung hinsichtlich der behördlichen Zuständigkeiten sowie der immer noch fehlenden Beratungsinstanz in Berlin zurückzuführen.

Hinzu kommt, dass im Rahmen der Anmeldung nach ProstSchG die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen an das zuständige Finanzamt weitergeleitet werden und eine automatische Anmeldung bei demselben erfolgt. Dieser Umstand führt zu großen Unsicherheiten und Ängsten, da viele der Sexarbeiter*innen ein sehr geringes Einkommen erzielen, welches zwar dem

Steuerfreibetrag unterliegt, die Betroffenen sich mit diesen Regelungen jedoch nicht auskennen und somit befürchten, den Großteil ihres erzielten Einkommens versteuern zu müssen, so dass sie ernste (wenn auch größtenteils unberechtigte) Sorge um ihre Existenzsicherung erleiden. Hier bedarf es großer Beratungs- und Unterstützungsleistung, damit den Betroffenen die Ängste genommen werden können und eine einkommensgerechte Bearbeitung beim Finanzamt erfolgen kann.

Eine weitere Konsequenz nach der Einführung des ProstSchG zeigt sich darin, dass viele Sexarbeiter*innen ihren Tätigkeitsort in eine andere Stadt verlagern oder sogar das Land verlassen. Inwieweit sie in die Heimatländer zurückkehren ist unklar, es besteht die Vermutung, dass der prozentuelle Anteil hierbei sehr gering ausfällt.

Des Weiteren ist bemerkbar, dass auch die Tendenz, die Anmeldung zu umgehen und im Versteckten tätig zu werden, zum Beispiel durch das Anbieten der Dienste über einschlägige Internetportale oder zuvor gesammelte Kontakte zur Stammkundschaft, steigt. Diejenigen Personen, welche eine Anmeldung bzw. den Anmeldeversuch unterlassen, gehen ein großes Risiko ein, da sie somit vorwerfbar ordnungswidrig handeln.

Zuletzt ist anzumerken, dass sich durch viele Beratungsgespräche gezeigt hat, dass die Sexarbeiter*innen den Sinn des neuen Prostituiertenschutzgesetzes nach wie vor stark anzweifeln und hinterfragen. Insbesondere der Umstand, dass nur eine Informations- und Beratungspflicht und nicht eine körperliche Untersuchungspflicht im Gesetz verankert und vorgesehen ist, wird kritisiert und lässt die betroffenen Personen an der Sinnhaftigkeit zweifeln.

Da es in Berlin zum gegebenen Zeitpunkt zudem immer noch nicht möglich ist, der Informations- und Beratungspflicht nachzukommen, wird diese Vorschrift von einem großen Anteil der Sexarbeiter*innen nicht wirklich ernst genommen und es bleibt abzuwarten, wie sich die gesetzeskonforme Um-

Handwritten graffiti on the ceiling, including the word "KURFÜRSTENSTRASSE" and other illegible scribbles.

Kurfürstenstraße



setzung des Gesetzes auf die Praxis auswirkt und welcher (Handlungs-) Bedarf sich für die verschiedenen Akteure daraus ergeben wird.

5. GREMIENARBEIT UND ARBEITSGRUPPEN

Neben den im vorherigen Punkt bereits erwähnten Diskussions- und Gesprächsrunden nahmen wir an einer Reihe weiterer Gremien und Arbeitsgruppen teil. Im folgenden Text werden alle Bereiche erwähnt, jedoch nur einige detaillierter ausgeführt, da eine Gesamtdarstellung im Rahmen dieses Jahresberichtes nicht möglich ist. Wir verstehen die verschiedenen Arbeitsgruppen und Gremien als absolut gleichwertig und in ihren jeweiligen Fachbereichen als notwendig. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die hier hervorgehobenen Beispiele und deren Gremien oder Arbeitsgruppen nicht wichtiger sind als jene, die nicht explizit hervorgehoben sind.

Seit (teilweise) vielen Jahren sind wir fester Bestandteil folgender Gremien:

- AG Alexanderplatz
- AG Leben mit Obdachlosen
- AG ProstSoz
- AK City-Bahnhöfe
- AK Stricher
- AK Wohnungsnot
- FG Kurfürstenstraße
- FG Migration
- Initiative Alexanderplatz

Neu hinzugekommen ist in diesem Jahr eine Arbeitsgruppe polnisch sprachiger Sozialarbeiter*innen, um besondere Bedarfe und Hilfsangebote für polnische Staatsbürger*innen innerhalb des Berliner Hilfesystems zu thematisieren. Diese Gesprächsrunde soll 2018 weitergeführt werden.

Wie bereits unter Punkt 2 angemerkt, war eine der großen Themenfelder in der Berliner

Wohnungslosenpolitik die Ankündigung der Sozialsenatorin Frau Breitenbach, die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe überarbeiten zu wollen. Dies bedeutet nicht weniger als eine eventuelle Umstrukturierung der Wohnungslosenhilfe. Hierzu wurden im Vorfeld interessierte Vertreter*innen der Wohnungslosenhilfe eingeladen, sich für die ca. 200 Plätze anzumelden. Auch Teile des Teams Brennpunkte haben sich hierfür angemeldet. Dies ist aus fachlicher Sicht auch dringend notwendig, denn die letzten Leitlinien wurden im Jahr 1999 veröffentlicht. Dies bedeutet, dass aktuell die Wohnungslosenhilfe mit Leitlinien konfrontiert ist, die aus einer Zeit stammen, in der es beispielsweise das ALG II noch nicht gab. Vorausgegangen sind der Einladung der Sozialsenatorin verschiedenste Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen. Unter anderem traf sich eine Unterarbeitsgruppe des Arbeitskreises Wohnungsnot, die AG Leitlinien, mit Frau Breitenbach, um mit ihr über die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Leitlinien zu diskutieren. Wir hoffen, dass durch die aktuellen Prozesse eine Verbesserung für die betroffenen Menschen erzielt werden kann und werden daran konstruktiv mitarbeiten.

Ähnlich verhält es sich mit der neuen AV-Wohnen, welche zum 01.01.2018 in Kraft getreten ist. Diese war veraltet, aus dem Jahr 2015. Auch hier wurde im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen regelmäßig versucht, auf Senatsebene einzuwirken, um eine neue AV-Wohnen zu verabschieden. Erst der neue Rot-Rot-Grüne Senat sah sich dazu in der Lage. Dies ist wichtig, denn gerade in einer Stadt wie Berlin, in welcher Mieten und teilweise auch Nebenkosten rasant steigen, muss eine solch wichtige Verordnung wie die AV-Wohnen regelmäßig und zeitnah angepasst werden.

Wie bereits im letzten Jahresbericht erwähnt, wurde 2016 durch den AK Wohnungsnot die Arbeitsgruppe AG Partizipation ins Leben gerufen. Ziel ist dabei, den betroffenen Menschen eine Stimme zu geben und Interessierte zu unterstützen, sich selbst zu organisieren (eventuell in einem Wohnungs-

losenparlament). Der geplante monatliche Rhythmus konnte eingehalten werden, die Zahl der Teilnehmenden allerdings schwankte stark. Gerade die Anzahl der betroffenen Teilnehmer*innen war leider nicht konstant oder - wie die AG gehofft hatte - kontinuierlich gestiegen. Aufgrund dieser Tatsache hat sich die AG für eine veränderte Werbestrategie entschieden. Es wird 2018 einen Flyer geben, welcher an betroffene Menschen verteilt werden oder im Poster-Format in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ausgehängt werden kann. Der Flyer beinhaltet sowohl einen Einladungstext, geschrieben von Betroffenen, eine Kontakttelefonnummer, eine E-Mail-Adresse als auch die Adresse und die Uhrzeit der Treffen. Gerade durch die Veröffentlichung der Adresse erhofft sich die AG eine höhere Beteiligung von wohnungs- und obdachlosen Menschen. Die bisherigen Treffen fanden immer im Team-Büro des Brennpunkte-Teams statt, sind nun in die Räumlichkeiten von Unter Druck – Kultur von der Strasse e.V. [sic] verlegt worden. Die Hoffnung besteht hier, dass Treffen in einer Wohnungsloseneinrichtung eine niedrigere Schwelle für betroffene Menschen darstellt und mehr Menschen an den Treffen teilnehmen.



6. OCKER-BEIGE BERLIN 2017

Auch im Jahr 2017 konnte die Fußballmannschaft des Streetworkteams weitere Erfolge verzeichnen. Der Teamzusammenhalt wurde dabei zum einen durch wöchentliche Trainingseinheiten, aber auch durch gemeinsame Aktivitäten gestärkt. So wurden die Spieler von Ocker-Beige Berlin in einem Fußballbericht als „kosmopolitische Fair Play-Pioniere“ bezeichnet. Daher war die Mannschaft auch in dieser Saison bemüht, sich einen Fair-Play-Pokal zu verdienen. Dieser konnte leider nicht gewonnen werden, was aber 2018 wieder angestrebt wird.

Im Juli 2017 fand wieder die Deutsche Meisterschaft für Wohnungslose in Nürnberg statt. Besonders war in diesem Jahr, dass uns zwei der Spieler nicht begleiten konnten, weshalb wir von zwei Leihspielern im Turnier unterstützt wurden. Diese wurden vom Team herzlich aufgenommen. Weitere Unterstützung erhielt die Mannschaft von ihrem Fanclub, welcher sie nach Möglichkeit begleitet und bejubelt. Ocker-Beige Berlin erreichte bei der diesjährigen Meisterschaft den 8. Platz. An den zwei Turniertagen haben wir eine positive und aufregende Zeit erlebt. Es wurden dabei neue Freundschaften geschlossen und die Beziehungen zu anderen Mannschaften ausgebaut. Im Anschluss solcher Ausflüge lassen sich stets positive Veränderungen im Teamklima feststellen. Darüber hinaus konnten die Spieler der Mannschaft bei den monatlichen Street-League-Turnieren gute Ergebnisse erzielen. Ein weiterer Höhepunkt im Jahr 2017 war eine Reise nach Breslau/Wrocław, wo die Spieler der neu formierten Nationalmannschaft zum ersten Mal aufeinander trafen. Dort nahm diese an einem Vorbereitungsturnier teil. Dabei stellte Ocker-Beige dieses Jahr zwei Nationalspieler für den „Homeless World Cup“ in Oslo. Ein Spieler konnte die Reise antreten, der zweite aus persönlichen Gründen leider nicht.

Für unseren Spielertrainer war dies ein besonderes Erlebnis, da er durch seine Persönlichkeit und durch sein fußballerisches Talent die Mannschaft bei dem „Homeless World Cup“ in Oslo bereicherte. Die gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen konnte der Spieler anschließend auch im Trainingsbetrieb in Berlin und außerhalb des Fußballfeldes bei Ocker-Beige einbringen.

Auch der Besuch der Europameisterschaft im Blindenfußball in Berlin war für unsere Spieler beeindruckend, da sie feststellen konnten, dass diverse Problemlagen ein erfolgreiches Handeln nicht ausschließen.

Durch guten Kontakt zu einem Jugendteam aus Treptow-Köpenick wurde ein gemeinsames Turnier in der Soccer-World in Berlin

Spandau ausgerichtet. Neben Training und Turnieren blieb der Mannschaft aber auch noch Zeit für weitere Aktivitäten. So besuchte die Mannschaft zum Beispiel ein Basketballspiel in der Mercedes Benz Arena.

Unser Jahresabschluss mit der Mannschaft fand in einem XXL- Restaurant statt. Wir hoffen, dass wir im Jahr 2018 das erfolgreiche Jahr 2017 fortsetzen können und freuen uns auf das kommende Fußballjahr.



Zum zweiten Mal fand im Oktober 2017 (vom 19.10.-20.10.2017) die Bundesweite Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork statt. Veranstaltungsort war diesmal das Jagdschloss in Berlin/ Glienicke in freundlicher Kooperation mit dem SFBB.

Aus den Ergebnissen der Tagung von 2016 kristallisierte sich heraus, dass die Thematik der Partizipation der Adressat*innen einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt darstellt und genauer betrachtet werden sollte, sodass die Tagung sich auf Partizipationsansätze in der Straßensozialarbeit mit Erwachsenen und in diesem Zusammenhang auf best practice-Beispiele konzentrierte.

Aus dem gesamten Bundesgebiet reisten ca.

50 Teilnehmer*innen nach Berlin, um sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Nach einer kurzen, jedoch nachdenklich stimmenden Begrüßung von Elvira Berndt, der Geschäftsführerin von Gangway e.V., ging es auch schon in die praktische Arbeit über.

Insgesamt fünf parallele Workshops wurden in zwei Durchgängen angeboten und beinhalteten folgende Themen:

Workshop 1 „Obdachlosetheater am Beispiel des Theaterprojekts Ratten 07“ (Andreas Abel, Gangway e.V.):

In diesem Workshop lernten die Teilnehmer das erste Obdachlosetheater Europas, welches von Obdachlosen selber gegründet worden ist, kennen. Das Projekt verfolgte ausschließlich künstlerische Ziele und unterschied sich damit von anderen Gruppen, die zumeist von Sozialarbeiter*innen angeleitet werden. Neben dem künstlerischen Erfolg verbuchte das Projekt auch enorme soziale Wirkungen bei den Beteiligten, ohne darauf abgezielt zu haben.

Workshop 2 „Sozialsport“ (Jiri Pacourek, Rampe e.V.):

In Rahmen der Bundesweiten Fachtagung für Erwachsenen-Streetwork 2017 wurde das Thema „Sozialsport“ hinsichtlich Organisation, Durchführung und Motivations-/ Handlungsstrategien von Adressat*innen sowie erfolgreichen Beispielprojekten wie z.B. dem Homeless World Cup bearbeitet und diskutiert.



Workshop 3: „PTH - Picture the Homeless“
(Manuel Eigmann, Gangway e.V.)

Ende des 20. Jahrhunderts befand sich New York City in einem tiefgreifenden Wandlungsprozess, welcher zum Teil durch die zunehmende Repression gegen Menschen, die auf der Straße leben, geprägt ist. Im Jahr 1999 schlossen sich Wohnungslose zusammen und gründeten als Reaktion auf die herrschenden Umstände die Organisation „PTH- Picture the Homeless“, um für die Rechte wohnungsloser Menschen zu kämpfen. Entscheidend hierbei ist, dass sich die Mitglieder von PTH selber organisieren und alle Entscheidungen bis heute von wohnungslosen Menschen getroffen werden. Zudem existiert mittlerweile ein breites Unterstützungsnetzwerk und es werden u.a. Schulungen für wohnungslose Personen angeboten. Dieser Workshop vermittelte Informationen am Beispiel dieses Projektes und es wurden Strategien und Vorgehensweisen erörtert, wie solche Organisation / Bewegungen nach Deutschland übertragen werden könnten.

Workshop 4: „Grundlagen der Projektentwicklung“ (Tina Duarte, Ilja Kießling, Katharina Ermen-Bausch)

Dieser Workshop befasste sich mit dem grundlegenden Aufbau einer Projektentwicklung von der Auftrags- sowie Interessensklärung bis hin zur theoretischen Umsetzung eines Projekts unter Berücksichtigung von Finanzierungsplanung und Projektmanagement.

Workshop 5: „Resist to exist - Streetwork als „Startpilot“ für subkulturelle Projekte“ (Tilman Pritzens, Gangway e.V.)

In diesem Workshop wurde die 13-jährige Entwicklung eines Berliner Punk-Festivals, welches zuerst stark durch Streetwork unterstützt wurde und zuletzt peu à peu in die Selbstständigkeit übergegangen ist, vorgestellt. Die Rolle von Streetwork wurde in diesem Workshop beleuchtet und reflektiert sowie Parallelen zu den eigenen Adressat*innen hergestellt.

Nach einem gelungenen Workshop-Tag und kurzer Ruhepause ging der erste Tag der Fachtagung in den „inoffiziellen Teil“ der Netzwerkarbeit bei der After-Hour in der „La Datscha“, einem im September 2008 besetzten Haus an der Havel, in Potsdam über. Bei Getränken, Lagerfeuer, Musik und gemeinsamen Essen wurden Kontakte geknüpft, Erfahrungen ausgetauscht, weitere Projektideen gesammelt sowie gefeiert.

Am zweiten Tag wurden die gesammelten Workshop-Ergebnisse des ersten Tages kurz vorgestellt und diskutiert. Danach rundete ein theoretischer Teil in Form eines Vortrages von Frau Prof. Dr. Susanne Gerull zur Partizipation in der Wohnungslosen-hilfe unter Einbezug der Ergebnisse aus ihrer bundesweit angelegten empirischen Studie zum selbigen Thema den praktischen ersten Teil der Tagung ab.

In der anschließenden Reflexionsrunde stellte sich ein erstes Meinungsbild zur Tagung heraus sowie der Wunsch, die nächste Tagung im Westen Deutschlands stattfinden zu lassen. Die drei Träger, welche die Tagungsorganisation durchführen, haben sich im Nachgang in weiteren Treffen zusammen geschlossen, die Ergebnisse und das Feedback ausgewertet und arbeiten gerade an der Umsetzung für die nächste Tagung, welche voraussichtlich im September/ Oktober 2018 in NRW stattfinden wird.

Alle Workshop-Ergebnisse und Zusammenfassungen sowie Neuankündigungen/ Informationen können auf der offiziellen FEST 18+Website unter:

<http://erwachsenen-street.work/>

nachgelesen werden.

8. SONSTIGES

Neben der klassischen Arbeit auf der Straße mit wohnungslosen Menschen sind Projekte, Gruppen- sowie Netzwerkarbeit wichtige Bestandteile der Straßensozialarbeit.

Unterschiedliche Angebote aus dem Jahr 2016 wurden im Jahr 2017 weitergeführt z.B. das Fußballprojekt (siehe Punkt 6), der „Polnische Nachmittag“, die Reisen nach Polen (siehe Jahresbericht 2016), das alljährliche Grillfest, welches letztes Jahr von ca. 90 Adressat*innen sehr gut besucht wurde, sowie weitere, zum Teil, sporadische Freizeitangebote, wie z.B. Ausflüge ins Kino sowie gemeinsames Kochen und Essen. Da diese Aktionen bereits im Jahresbericht 2016 ausführlich beschrieben worden sind, wird hier auf diesen verwiesen (vgl. Jahresbericht 2016, S. 16-19) und lediglich über die Weiterführung dieser Aktivitäten informiert.

Des Weiteren haben wir einerseits durch gute Netzwerkarbeit einen nicht unerheblichen Betrag an Spenden erhalten, der unseren Adressat*innen zu Gute kommt, und andererseits an einem Gender-Budgeting-Modellprojekt in Kooperation mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf mitgearbeitet. Zudem haben wir an einem Fachkräfteaustausch mit den USA, Detroit teilgenommen. Diese drei Punkte werden im Folgenden ausführlicher dargestellt.

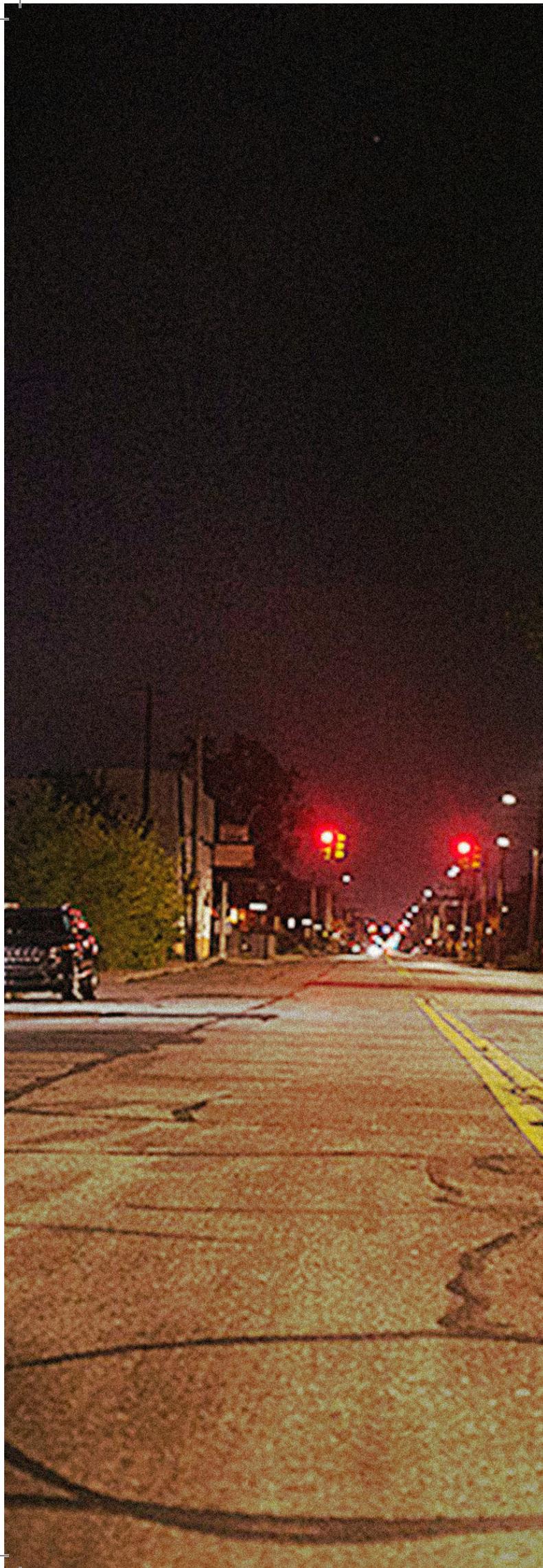
8.1. FACHKRÄFTEAUSTAUSCH MIT DEN USA, DETROIT

Aufgrund von vorheriger Kooperation bzw. Projekten von Gangway e.V. mit den USA haben sich im Jahr 2017 zehn Kolleg*innen aus unterschiedlichen Jugend- sowie Erwachsenenteams zusammengeschlossen und unter der Organisation durch einen Kollegen und eine Kollegin aus dem Szeneteam/ Jugendteam an einem Fachkräfteaustausch mit Detroit teilgenommen. Die Finanzierung dieses Projektes ergab sich aus einem geringen Anteil von Eigenmitteln und einem Spendenanteil.

Im Zeitraum vom 19.-29.09.2017 haben einige Kolleg*innen die Möglichkeit bekommen, die Stadt Detroit in den USA zu erfahren und zu erleben sowie primär die Soziale Arbeit auf einem anderen Kontinent kennenzulernen und einen erweiterten Blick auf ihr tägliches Handeln zu werfen.

Es wurden verschiedene Organisationen besucht und besichtigt, angefangen mit „TeachTown“, wo wir viel über Detroits Geschichte erfuhren und uns unter anderem mit Möglichkeiten zum Verwirklichen von Businessideen sowie mit dem Einfluss der Politik auf die ökonomische Entwicklung der Stadt auseinandergesetzt haben. Nachdem wir uns einen Überblick über die Stadt verschafft haben, besuchten wir im weiteren





Verlauf verschiedene soziale Einrichtungen aus unterschiedlichen Bereichen und tauschten Erfahrungswerte der praktischen Sozialen Arbeit aus.

Einen nachhaltigen Eindruck haben alle Organisationen hinterlassen, jedoch sind die Jugendstrafanstalt „Washtenaw County Youth Center“, die Wohnungsloseneinrichtung „Covenant House“, das „Ruth Ellis Center“ sowie „Casa del Colores“ und das „Mosaic Youth Theatre of Detroit“ besonders hervorzuheben, da sie einen engen Zusammenhang zu unserem Arbeitsgebiet aufweisen.

Das „Washtenaw County Youth Center“ ist in Ann Arbor, direkt gegenüber dem Erwachsenen-Vollzug, lokalisiert. Tatsächlich findet in Michigan das Strafgesetzbuch auch schon für Kinder und Jugendliche von 11-17 Jahren Anwendung, so dass auch Kinder „eingesperrt“ werden. Dies stellt für uns eine schockierende Nachricht dar, wird jedoch auch von der dort tätigen Sozialarbeiterin kritisch gesehen. Das „Washtenaw County Youth Center“ agiert in drei Bereichen (Kurzzeitintervention bis 18 Tage, U-Haft sowie Langzeithaft) mit insgesamt 40 Plätzen. Trotz guter pädagogischer Konzepte gestaltet sich die Unterstützung hier schwierig, was zum einem an der großen Altersspanne der „Inhaftierten“ sowie der verschiedenen, individuellen Problemlagen wie z.B. Drogenkonsum, Missbrauchserfahrungen und Traumata begründet liegt.

Eine etwas andere, aber nicht minder strenge Linie, fanden wir in der christlichen Einrichtung für obdachlose, junge Erwachsene, im „Covenant House“, vor. Hier ist es obdachlosen Personen im Alter von 18- 24 Jahren möglich, bis zu zwei Jahren ein neues „Zuhause“ zu finden und durch strenge Regeln, Arbeit sowie Disziplin und fachliche Unterstützung wieder in die Gesellschaft zurückzufinden. Die anschließende Diskussion mit den jungen Erwachsenen machte deutlich, dass das Konzept gut angenommen wird und dass große Unterschiede in den Lebensbedingungen sowie im Hilfesystem von Detroit im Gegensatz zu Berlin vorherrschen.

Vielfältige Unterschiede in den Lebenswirklichkeiten wurden jedoch auch bereits innerhalb der Stadtbesichtigungen stark sichtbar. In diesem Zusammenhang richtet sich das „Ruth Ellis Center“ an junge LGBTQ-Personen (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer-Personen), welche hinsichtlich psychischer und physischer Gesundheit, medizinischer Versorgung sowie (familiärem) Wohnraum an Grenzen des Systems stoßen. Durch vielfältige Angebote von medizinischer Versorgung bis hin zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten, die spielerisch unter anderem zur Identitätsfindung führen sollen, versuchen die sehr engagierten Mitarbeiter*innen des „Ruth Ellis Center“, diese Zielgruppe bei der Lebensführung und der Bewältigung ihrer unterschiedlichen Lebenslagen zu unterstützen.

Da Detroit eine Stadt ist, die sich aktuell inmitten von Veränderungen und Wachstum bewegt und somit viele Differenzen, Paradoxien und damit aber auch Möglichkeiten aufweist, hat sich das Kulturprojekt „Casa del Colores“ als geschlossene „community“ zur Aufgabe gemacht, sich nicht mit den gegebenen Umständen abzufinden und durch kreatives Empowerment in Form von Musik- und Tanzprojekten sowie kulturellen Aktionen Menschen zu verbinden, Aufmerksamkeit und Öffentlichkeits-wirksamkeit herzustellen und somit die Menschen zu befähigen ihr Leben selbstständig und nach eigenen Vorstellungen zu leben.

In diesem Zusammenhang und im Rahmen der Jugendförderung haben wir eine Schule besucht, die darauf spezialisiert ist, jungen Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihre kreative Seite zu stärken und ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten auszubauen. Das „Mosaic Youth Theatre of Detroit“ hat zum Ziel, Kinder und Jugendliche durch Kultur, Musik und Kreativität zu motivieren ihr vorhandenes Potential zu entdecken, zu maximieren und zu fördern. Durch diese sozial-kreativen Interaktionen werden junge Menschen inspiriert, erfahren Verbundenheit und erhalten die Möglichkeit ihre Erfahrungen

positiv in ihr alltägliches Handeln zu integrieren.

Abschließend lässt sich festhalten, dass durch die Gelegenheit, soziale Einrichtungen in einem anderen Land zu besuchen, einen fachlichen Diskurs über die Soziale Arbeit in zwei unterschiedlichen Ländern zu führen sowie sich mit anderen Arbeitsentwürfen auseinanderzusetzen, der eigene berufliche Horizont erweitert wurde.

Zudem wurde uns durch das Selbst-Erfahren und Erleben einer solch konträren Stadt wie Detroit die Möglichkeit gegeben, das eigene professionelle Handeln aus einer anderen Perspektive zu reflektieren und zu überdenken. Der Fachkräfteaustausch mit den USA/Detroit hat die Mitarbeiter*innen von Gangway zum Nachdenken angeregt und hat einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, welcher in die tägliche professionelle Arbeit stetig mit einfließt.



8.2 SPENDEN/FÖRDERUNGEN

Im Jahr 2017 konnten wir, zusätzlich zu den regelmäßigen Spenden in Form von Brötchen und Gebäck der Charité-ansässigen Bäckerei „Café Frau Schneider“, einige weitere Spenden akquirieren, wovon zwei nachfolgend kurz beschrieben werden.

DPW

Im Jahr 2017, insbesondere mit Beginn der Wintermonate, konnten wir eine erhöhte Nachfrage von Seiten unserer Adressat*innen nach Campingbedarf feststellen. Insbesondere wurden Campingkocher, Schlafsäcke und Isomatten nachgefragt.

Durch intensive Gespräche hat sich ergeben, dass der Wunsch nach Autonomie in der Obdachlosenszene sehr vorherrschend ist. Viele obdachlose Personen berichteten, dass sie sich Stresssituationen ausgesetzt fühlen, wenn sie Einrichtungen der Wohnungslosen-

hilfe aufsuchen müssen, um warme Getränke und Speisen zu erhalten. Die Gründe für das Empfinden von Stress sind vielfältig, jedoch nach dem Reflektieren von vielen psychosozialen Beratungssituationen und Gesprächen darin zu sehen, dass der Raum für das eigene Individuum für viele Menschen nicht mehr spürbar ist, da die Zahl der obdachlosen Personen, welche die Angebote nutzen, stetig steigt.

Des Weiteren nehmen die Armut in der Stadt und zeitgleich auch der Wunsch nach Unabhängigkeit laufend zu. Hinzu kommt, dass durch die steigende Armut auch die Vereinzelungstendenzen ansteigen, da es viele Personen gibt, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen nicht im Hilfesystem bewegen möchten und keinen Kontakt zu anderen betroffenen Personen wünschen. Dieser Umstand erschwert jedoch die Basisversorgung bzgl. Ernährung und Regeneration durch Schlafen erheblich.

Gerade in der Winterzeit ist eine adäquate Versorgung mit wintertauglichem Campingbedarf für obdachlose Menschen, welche auch in dieser Jahreszeit die Angebote des Hilfesystems nicht nutzen wollen oder können, zwingend erforderlich. Durch so ein „survival pack“ sahen viele Adressat*innen die Möglichkeit, die eigene Autonomie zu erhöhen und die Abhängigkeit von Einrichtungen zu minimieren.

Aufgrund dessen haben wir uns als Mitglied des DPW an diesen gewandt und haben einen Förderantrag gestellt, der uns in Höhe von 3.000 EUR bewilligt wurde, um die Adressat*innen mit diesem wichtigen Bedarf zu versorgen.

Die Verteilung dieser Spenden wurde sehr gut angenommen und die Adressat*innen berichten, dass sie sich dadurch in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt und insbesondere in ihrer Person gesehen und ernst genommen fühlen.

Bürger*innenvereinigung Alt-Mitte

Eine Bürger*innenvereinigung aus Alt-Mitte hat sich im vergangenen Berichtszeitraum intensiv mit der Arbeit des Brennpunkt-Teams auseinandergesetzt und äußerte den Wunsch,

unsere Adressat*innen in ihren Lebenslagen zu unterstützen.

Nach einem gemeinsamen, reflektierenden Gespräch kristallisierte sich ein Unterstützungsbedarf insbesondere im Arbeitsbereich des Brennpunktes Kurfürstenkiez heraus.

Die meisten Personen, die wir dort antreffen, sind Sexarbeiter*innen, die sich schätzungsweise zu ca. 90% in der Problemlage der Wohnungslosigkeit befinden. Durch Beratungssituationen und die stetige Nachfrage wird immer wieder deutlich, dass viele Sexarbeiter*innen einen erhöhten Bedarf an Hygieneartikeln, wie z.B. an Duschgel, Deodorant, feuchten Pflgetüchern, Hautpflegecremes und ähnlichem aufweisen, um ihrer körperlichen Pflege und täglichen Hygiene nachkommen und diese aufrecht erhalten zu können.

Um für die Adressat*innen eine, zumindest kurzfristige, Verbesserung der Hygienesituation herzustellen, erhielten wir von der Bürger*innenvereinigung Alt-Mitte eine Spende an Hygieneartikeln im Wert von mehreren hundert Euro. Diese Spende verteilten wir nach Bedarf zu unseren Brennpunktzeiten an die entsprechenden Personen. Das zusätzliche Angebot wurde dankend angenommen und wir erhielten die Rückmeldung, dass die Adressat*innen sich in ihren Bedürfnissen verstärkt wahrgenommen fühlen. Zudem konnten wir feststellen, dass sich das Vertrauensverhältnis durch diese „kleine Aufmerksamkeit“ intensiviert hat, was zu einer Verbesserung der Arbeitsbündnisse geführt hat.



8.3 GENDER-BUDGETING-MODELLPROJEKT

Im Jahr 2017 haben wir an einem Gender-Budgeting-Modellprojekt mit dem Titel: „GESCHLECHTERSENSIBLE UNTERSTÜTZUNG IN FÄLLEN VON DROHENDER ODER EINGETRETENER WOHNUNGSLOSIGKEIT VON FRAUEN“ mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, dem Forschungsinstitut Urban Plus und der GEBEWO pro teilgenommen.

Ziel des Projektes war es, die spezifischen Bedarfe von Frauen herauszufinden, welche bereits auf der Straße leben bzw. bei denen Wohnungslosigkeit droht, um in Zukunft bedarfsgerechte Angebote anbieten zu können.

Als Methode wurden Interviews und das Community-Mapping gewählt. Insgesamt wurden 25 Interviews in unterschiedlichen Bereichen geführt, wobei fünf davon in biographischer Weise durchgeführt wurden. Die Aufteilung der Interviews stellt sich wie folgt dar:

Interviews durchgeführt von GEBEWO pro
5 x in ASOG- Einrichtungen
3 x Frau mit Kind
4 x Tagesstätte Seeling Treff
(ein Interview in englischer Sprache)

Interviews durchgeführt von Gangway
4 x Straße
4 x Notübernachtung

je ein biographisches Interview aus allen fünf Bereichen:

ASOG (GEBEWO pro), Frau mit Kind (GEBEWO pro), Notunterkunft (Gangway), Straße (Gangway), Tagesstätte (GEBEWO pro)

Beim anschließenden Community-Mapping konnten wir gemeinsam fünf Frauen akquirieren, welche sich bereit erklärt haben über ihre Situation zu reflektieren und ihre wichtigsten Aufenthaltsorte sowie bezirkliche

Angebote, welche sie regelmäßig nutzen, auf einer „Landkarte“ darzustellen.

Unsere Aufgaben bei der Studie bestanden hauptsächlich darin, den Interview-Leitfaden mit den anderen Kooperationspartnern vorzubereiten, die Interviews mit den Adressatinnen durchzuführen sowie die Ergebnisse zusammenzufassen und darzustellen.

Die praktische Durchführung der Interviews stellte sich nicht immer als einfach dar, da viele Personen aufgrund ihrer Lebensumstände Termine nicht zuverlässig einhalten konnten und es eines großen Vertrauensverhältnisses bedarf, um sensible Fragen bearbeiten zu können.

Durch unsere langjährige Arbeit an den Brennpunkten ist es uns relativ leicht gelungen, diese Aufgabe auf der Straße zu bewältigen, was sich jedoch in der Notunterkunft teilweise als etwas schwieriger darstellte, da wir hier auf viele Erstkontakte trafen und erst eine vertrauensvolle Basis aufbauen mussten.

Insbesondere der Umstand, dass die Interviews zusätzlich zu den Stichwortprotokollen, wenn auch anonymisiert, aufgezeichnet wurden, zeigte sich als eine kleine Herausforderung, die wir jedoch gut gelöst haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Frauen sich selbst und das vorherrschende Hilfesystem sehr ehrlich und reflektiert betrachtet haben. Als ein Teil des Ergebnis lässt sich schlussfolgern, dass obdachlose Frauen vielen Hindernissen gegenüberstehen, die im Alltag nicht immer augenscheinlich zu erfassen sind, so z.B. wurde die Schwierigkeit eines guten Selbstwertgefühls und die Rolle als „Sexobjekt“ auf der Straße des Öfteren genannt, wie auch die Problematik, der regelmäßigen Hygiene nachkommen zu können sowie der erschwerte Zugang zur frauenärztlichen Versorgung betont.

Auch der große Wunsch nach Ruhe und friedvollen Rückzugsorten wurde sehr oft genannt. Der Umstand, dass Frauen eher in einer verdeckten Wohnungslosigkeit leben, da sie viel bei Freunden und Bekannten versuchen unterzukommen und sich nicht zu sehr in der Öffentlichkeit aufhalten

wollen, wurde noch einmal stärker deutlich. Die genauen Ergebnisse der Studie können über Urban plus sowie das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf angefordert werden. Zur Zeit ist noch eine Photo-Voice- Broschüre in Planung, die im Rahmen der biographischen Interviews vorbereitet wurde und welche die spezifische Situation von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Frauen sowie die frauengerechten Bedarfe nochmal visualisieren soll.

Während der Durchführungsphase fanden zudem regelmäßige Arbeitstreffen mit den unterschiedlichen Akteuren des Hilfesystems statt, um einige Interventions-möglichkeiten sowie Unterstützungsangebote für wohnungslose sowie von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen für die Zukunft zu erarbeiten. Die Abschlussveranstaltung zum Modellprojekt fand Anfang des Jahres 2018 statt und endete mit einem klaren Arbeitsauftrag an das Hilfesystem und mit der verbindlichen Zusage von Seiten der Akteure, diese auch umzusetzen; so z.B. erklärte sich das Bezirksamt dazu bereit, eine Arbeitsgruppe zu installieren, die sich mit der Verbesserung der Erreichbarkeit der Sozialen Wohnhilfe befassen wird, wobei „Erreichbarkeit“ mehrere Ebenen umfasst und sich nicht alleine auf die Telefon- bzw. Sprechzeiten des Amtes bezieht.

Die erfolgreiche Umsetzung und der Verlauf des Projektes geben Anlass zur Hoffnung, dass die Ergebnisse gut ausgewertet und erörtert werden und dazu verhelfen, bedarfsgerechte

Angebote von Seiten der Politik für die betroffenen Frauen, auch bezirksübergreifend, zu installieren.

9. STATISTISCHE ANGABEN

Im Jahr 2017 wurden wie in den Vorjahren soziodemographische Daten über unsere Adressat*innen erhoben. Die statistischen Angaben stellen den IST-Stand am Tag des Erstkontaktes mit den Adressat*innen dar. Aufgrund der anonymen Datenerhebung werden Folgedaten zwar erfasst, jedoch können sie nicht mehr den entsprechenden Personen zugeordnet werden. Mögliche Veränderungen werden daher nicht sichtbar. Im Jahr 2017 haben wir insgesamt 1.044 Personen beraten.

Alter

Die meisten unserer Adressat*innen waren im Jahr 2017 zwischen 30 und 55 Jahren alt, wobei sich hier eine Häufung zwischen 30 und 35 Jahren abzeichnet. Im Vergleich zum Vorjahr wurden wieder weniger Personen zwischen 25 und 30 Jahren beraten. Diese Altersgruppe wandert seit 2015 weiter nach oben.



Geschlechterverteilung

2017 konnte ein leichter Rückgang von weiblichen Wohnungslosen festgestellt werden. Der Rückgang lässt sich größtenteils damit erklären, dass die Kurfürstenstraße, welche durch weibliche Adressat*innen dominiert wird, immer mehr Männern einen Anlaufpunkt bietet. In dieser Kategorie unterscheiden wir zwischen Männern und Frauen, da die statistischen Vorgaben des Berliner Senats keine Kategorie jenseits dieser Geschlechterbinarität vorsehen.

Staatsangehörigkeit

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Anstieg um drei Prozent unserer Adressat*innen mit einem Pass aus der Europäischen Union (ohne Deutschland) ersichtlich. Der Anteil von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit verringerte sich gleichzeitig um 3 Prozent. Der Prozentsatz von Menschen mit einer sonstigen Staatsangehörigkeit blieb unverändert.

Die genauen Zahlen lauten: 550 Personen mit einem deutschen Pass, 460 mit einem Pass der Europäischen Union (ohne Deutschland) und 34 Personen mit einer außereuropäischen Staatsangehörigkeit.

Einkommen

Nach wie vor stellen von unseren Adressat*innen Menschen ohne Einkommen die größte Gruppe dar. Die Anzahl der betroffenen Personen ist im Vergleich zum Jahr 2016 (463 Personen) angestiegen, diese lag 2017 bei 529. Gleichzeitig fällt auf, dass die Zahl der Menschen, welche Gelder nach dem SGB II erhalten, im Jahr 2017 um 64 Personen gesunken ist. Auch die Kategorie mit sonstigem Einkommen wie beispielsweise Pfandflaschen sammeln ist kleiner geworden.

Unterkunftssituation

Wie auch in den letzten Jahren, lebt der Großteil unserer Adressat*innen direkt auf der Straße ohne eine feste Unterkunft. Im Vergleich zu den Vorjahren ist diese Zahl auch weiterhin angestiegen. Obwohl wir im Jahr

2017 mit 65 Personen weniger Kontakt hatten als 2016, lebten in diesem Jahr 26 Personen mehr auf der Straße (2016: 720 Personen).

Wohnungsnotfall

Prozentual gesehen hat sich bei der Kategorie „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen“ im Vergleich zum Jahr 2016 nichts verändert. Die Kategorien „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht“ und „in unzumutbaren Wohnverhältnissen“ haben allerdings ihre Plätze getauscht und insgesamt ein Prozent weniger war nicht von einem akuten Wohnungsnotfall betroffen.

Krankenversicherung

Hier zeichnet sich eine starke Veränderung zu den prozentualen Angaben des Vorjahres ab. 2016 konnten noch 49% unserer Adressat*innen einen Kranken-versichertenstatus nachweisen. 2017 ist diese Zahl um 13% gesunken. Dies könnte in Zusammenhang damit stehen, dass wir 3% mehr Adressat*innen aus der Europäischen Union beraten haben als im Vorjahr. Aber auch der Anteil der Personen, welche keine Leistungen nach dem SGB II/ALG II erhalten, ist deutlich zurückgegangen, was auch mit dem Kranken-versichertenstatus in Zusammenhang steht.

Problemlagen

Den meisten Menschen lassen sich mehrere Problemfelder zeitgleich zuordnen. Das größte Problemfeld stellt wie jedes Jahr die Wohnsituation dar. Auffällig ist jedoch die Kategorie „materielle Absicherung“, welche trotz der gesunkenen Anzahl an beratenen Personen trotzdem an dritter Stelle (2016 an vierter Stelle) steht und einen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 55 Personen zu verzeichnen hat. Prozentual ist auch ein Anstieg der Suchtproblematik zu erkennen.

Leistungserfassung

Die 1.044 angetroffenen Personen wurden im Jahr 2017 insgesamt 4.389 mal von uns beraten. Diese Beratungen verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Adressat*innen, jede

Person wurde ganz individuell oft beraten. Wir haben 742 unserer Adressat*innen an soziale Dienste vermittelt.

Präsenzzeiten an den Brennpunkten im Überblick

Alexanderplatz und Umgebung

Montag: 12 - 15 Uhr

Mittwoch: 12 - 15 Uhr

Freitag: 12 - 15 Uhr

Kurfürstenkiez

Dienstag: 17 - 20 Uhr mit Streetwork-Bus

18 - 19 Uhr Rundgang

Donnerstag: 20 - 23 Uhr mit Streetwork-Bus

21 :15 - 22:15 Uhr Rundgang

Bahnhof Zoologischer Garten und Umgebung

Montag: 18 - 22 Uhr (ab 20 Uhr mit Streetwork-Bus)

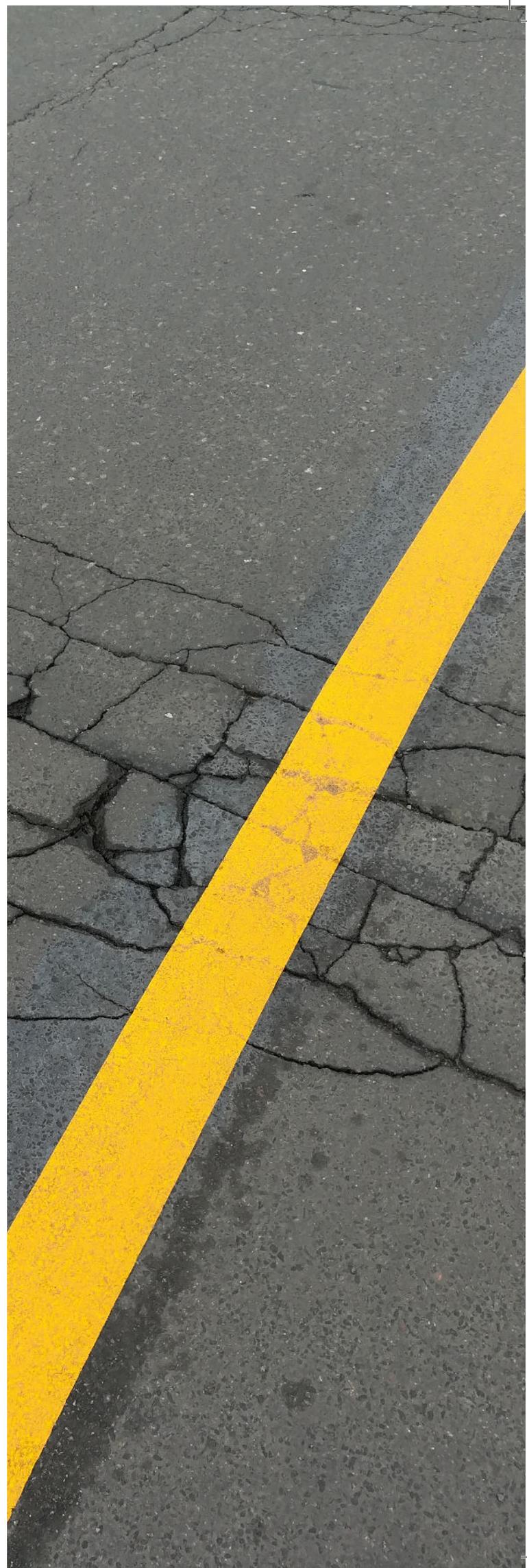
Mittwoch: 15 - 18 Uhr

Donnerstag: 11 - 14 Uhr

Ostbahnhof und Umgebung

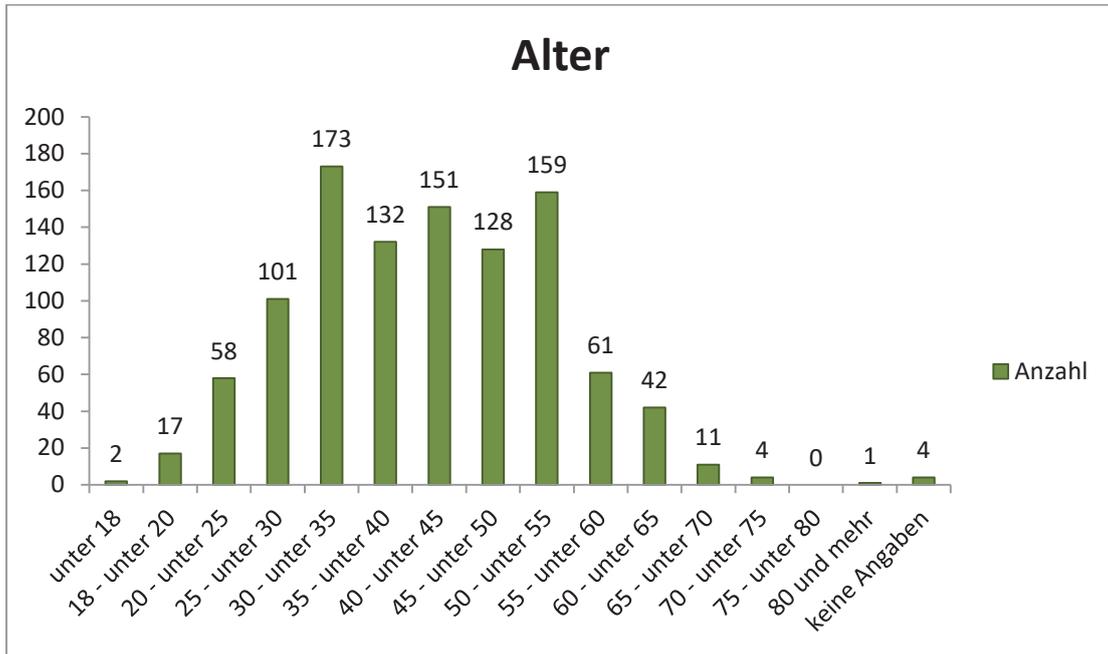
Montag: 15 - 18 Uhr (15 -16 Uhr mit Streetwork-Bus)

Mittwoch: 12 - 15 Uhr (12-13 Uhr mit Streetwork-Bus)



Statistische Angaben

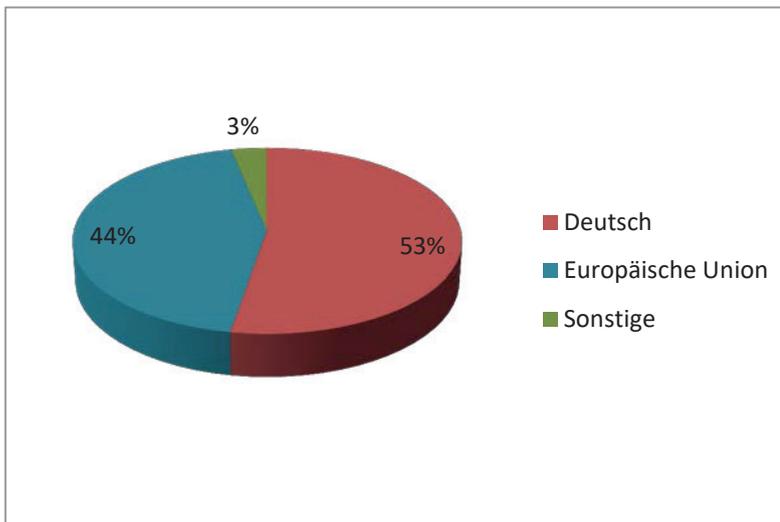
Alter



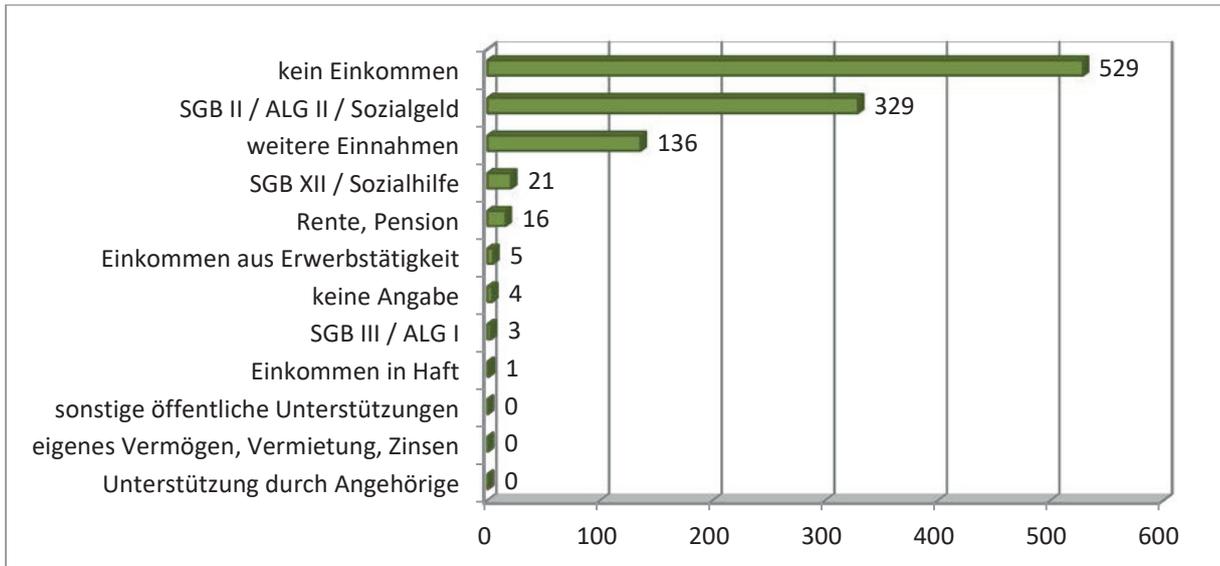
Geschlechterverteilung



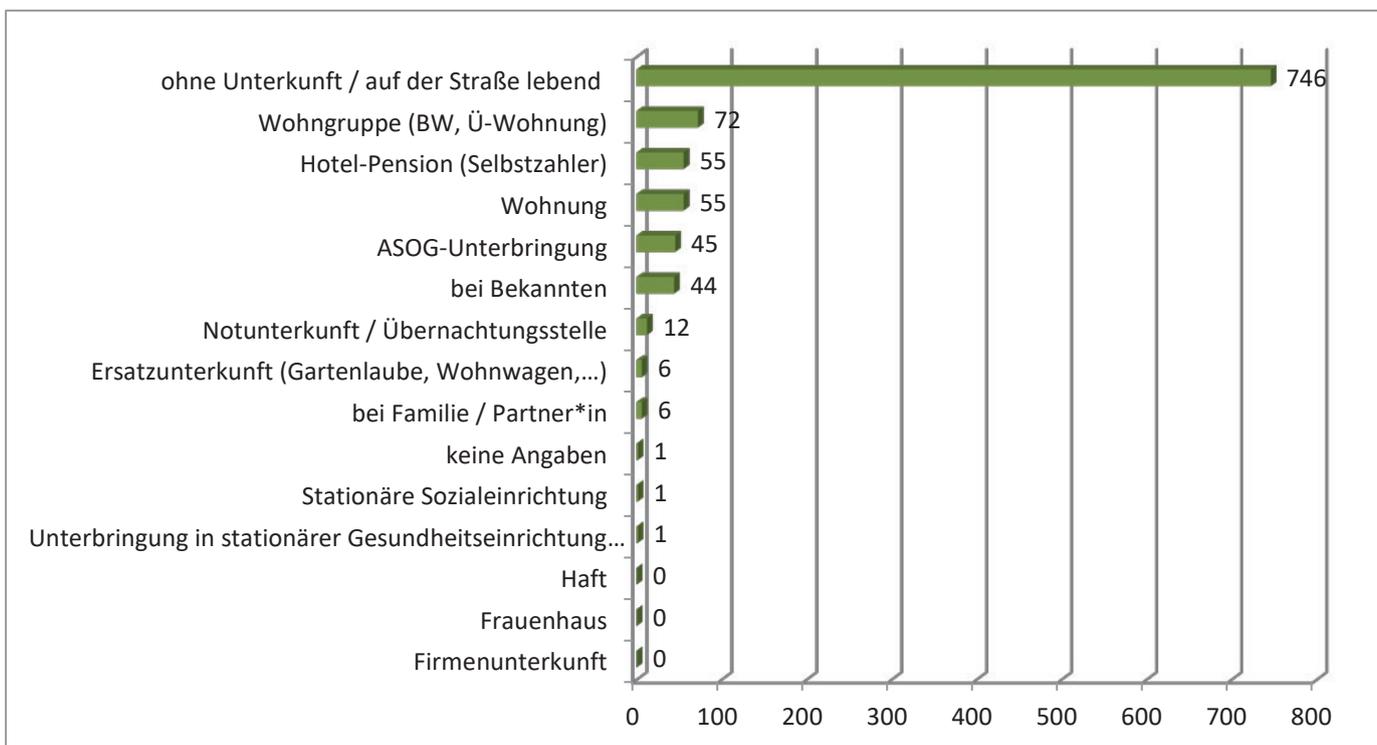
Staatsangehörigkeit



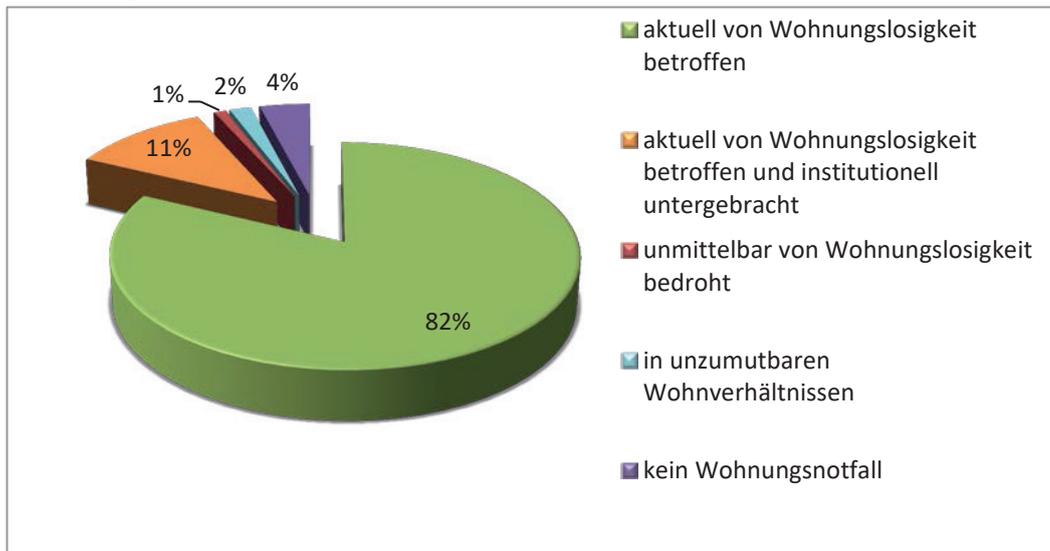
Einkommen



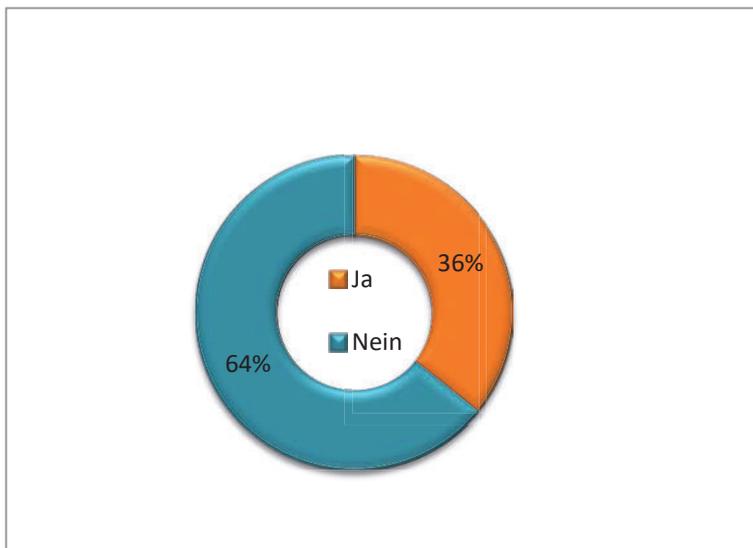
Unterkunftssituation



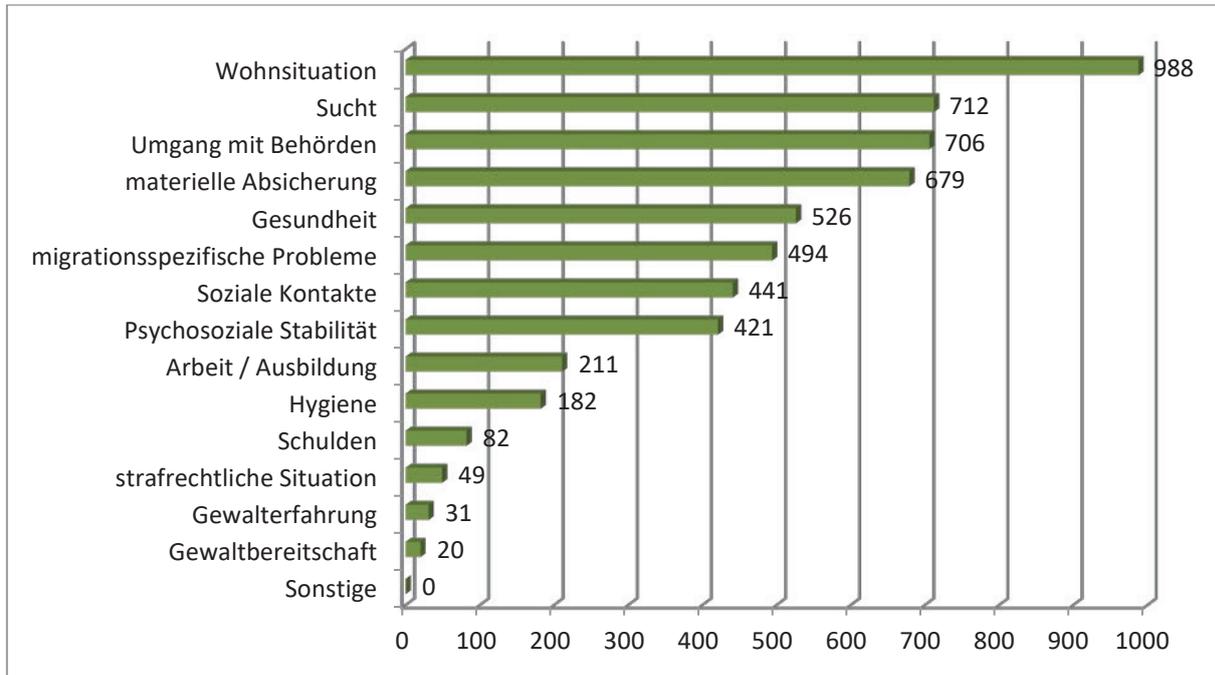
Wohnungsnotfall



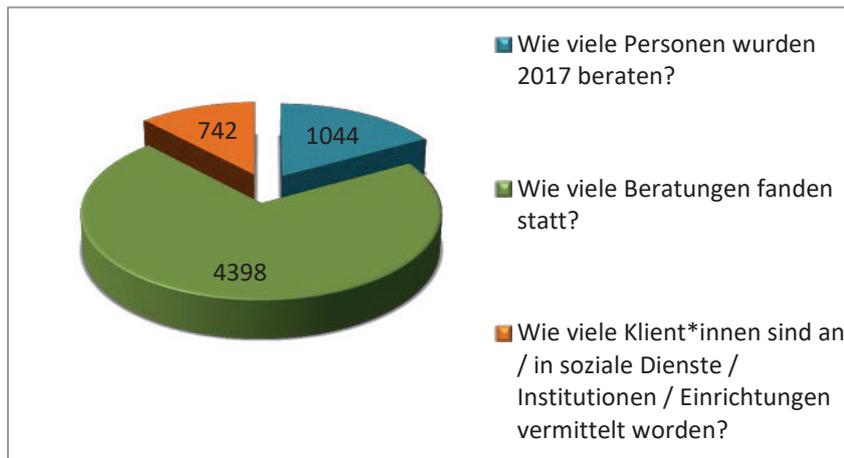
Krankenversicherung



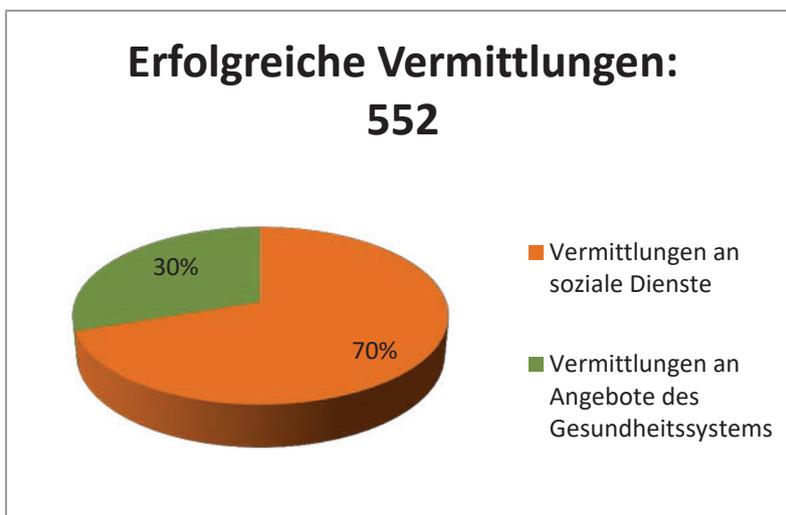
Problemlagen



Leistungserfassung



Zielerreichung



ALLGEMEINE ANGABEN

Abschließend erfolgt eine Übersicht von formalen Daten, die Aufschluss über unsere Erreichbarkeit und die personelle Besetzung des Teams Streetwork an Brennpunkten bei Gangway e.V. geben wird.

Standort Büro

Gangway e.V. - Team Straßensozialarbeit an Brennpunkten

Schumannstraße 5 | 10117 Berlin

E-Mail: streetworkbp@gangway.de

Web: <http://gangway.de/team/erwachsene/team-bp-streetwork-an-brennpunkten/>

Tel.: 030 - 28 30 23 0 | Fax: 030 - 28 30 23 19

Das Team der Straßensozialarbeiter*innen in alphabetischer Reihenfolge

Andreas Abel, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 2

Manuel Eigmann, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Conflict Management (Master)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 5

Bernadette Frysztacki, Soziale Arbeit (Bachelor)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 3

Dominika Kosik, Soziale Arbeit (Bachelor)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 6

Stefanie Seewald, Diplom-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 4

Cengiz Tanriverdio, Diplom-Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (FH)

Mobil-Nr.: 01578 - 28 30 23 - 9

Ausgeschiedene Kolleg*innen

Maciej Żbikowski, Sozialarbeiter/Sozialpädagoge (Bachelor)

Anna Zietek, Soziale Arbeit (Bachelor), Intercultural Communication Studies (Master)



Gangway e.V. - Straßensozialarbeit in Berlin
Schumannstr. 5
10117 Berlin
Tel./ Fax: 030. 28 30 23 - 0 /-19
E-Mail : info@gangway.de
www.gangway.de

Grafische Gestaltung: CitéNoir



GANGWAY_{E.V.}
Straßensozialarbeit in Berlin